

**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG e.V.**
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

KONFLIKTBAROMETER 2001

Krisen • Kriege • Putsch
Verhandlungen • Vermittlung • Friedensschlüsse

10. JÄHRLICHE KONFLIKTANALYSE



HIK

Das HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG (HIK) am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein. Es widmet sich der Erforschung, Dokumentation und Auswertung innerstaatlicher und internationaler politischer Konflikte. Das HIK ging 1991 aus einem u.a. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziell unterstützten Forschungsprojekt „KOSIMO“ (Konflikt-Simulations-Modell) hervor, welches von Prof. Dr. Frank R. Pfetsch (Universität Heidelberg) geleitet wurde.

Konflikt

Konflikte sind Interessengegensätze (Positionsdifferenzen) um nationale Werte (Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Grenzen, Territorien, etc.) von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (Staaten, Staatengruppen, -organisationen, organisierte Gruppen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden. Dabei muss auf mindestens einer Seite die organisierte Staatsmacht involviert sein.

Intensität von Konflikten

Konflikte der Intensitäten „latenter Konflikt“ (1) und „Krise“ (2) verlaufen vorwiegend gewaltlos, während Konflikte der Intensitäten „ernste Krise“ (3) und „Krieg“ (4) hauptsächlich gewaltsame bis kriegerische Formen annehmen. Angegeben wird jeweils nur die höchste Intensitätsstufe im Jahresverlauf eines Konflikts.

Latenter Konflikt (1)

Damit ein Interessengegensatz oder eine Positionsdifferenz um bestimmte Güter als latent erkannt werden kann, müssen darauf bezogene Forderungen artikuliert werden, muss eine Gruppe ihre jeweiligen Interessen vorgebracht haben und dies von der anderen Seite wahrgenommen werden.

Krise (2)

Intensivierung eines latenten Spannungszustandes durch Mittel, die im Vorfeld militärischer Drohungen liegen. Vorhandene Konfliktbeziehungen erreichen das Stadium einer Wende, die die Wahrscheinlichkeit einer Gewaltandrohung erhöht.

Ernste Krise (3)

Eine ernste Krise ist ein Spannungszustand zwischen Konfliktparteien, der mit der öffentlichen Drohung verbunden ist, Gewalt einzusetzen oder in dem für kurze Zeit tatsächlich Gewalt eingesetzt wird.

Krieg (4)

Kriege sind Formen gewaltsamen Konfliktaustrags, die dadurch gekennzeichnet sind, dass

- a) die organisierten Kampfhandlungen von etwa gleich starken Gegnern durchgeführt werden; dies äußert sich meist darin, dass sie
- b) von einiger Dauer sind und
- c) intensiv geführt werden, d.h. Opfer kosten und Zerstörung anrichten.

Konfliktgegenstände

Das Konfliktbarometer unterscheidet zwischen folgenden Konfliktgegenständen, wobei bis zu drei Konfliktgegenstände pro Konflikt angegeben werden können:

- Territorium, Grenze, Wasser
- nationale Unabhängigkeit, Sezession
- Ethnische, religiöse, regionale Autonomie
- Ideologie, System
- nationale Macht
- internationale Macht; geostrategische Lage
- Ressourcen
- Sonstige

Abgrenzung der Regionen

Die Abgrenzung der Regionen erfolgt nach geographischer, kultureller und konfliktbestimmter Zusammengehörigkeit. Das Konfliktbarometer unterscheidet zwischen den Regionen Europa, Afrika, Amerika, Asien und Vorderer und Mittlerer Orient.

Das vorliegende Konfliktbarometer 2001 gibt den aktuellen Stand unserer Forschung wieder. Dadurch können sich Abweichungen von Daten älterer Ausgaben ergeben.

Redaktionsschluss: 1. Dezember 2001

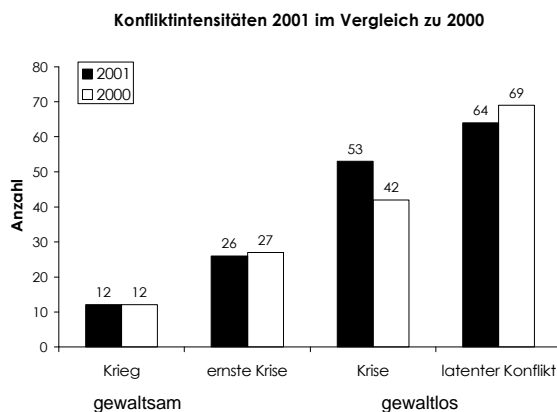
Globales Konfliktpanorama 2001

Globale Entwicklung

Im Verlauf des Jahres 2001 werden nach unseren Zählungen 155 politische Konflikte geführt. Davon sind zwölf Kriege und 26 ernste Krisen. Insgesamt werden demnach 38 Konflikte überwiegend gewaltsam ausgetragen. Diesen stehen 117 vornehmlich gewaltfreie Auseinandersetzungen gegenüber, die sich in 53 Krisen und 64 latente Konflikte aufgliedern. Fast jeder vierte Konflikt wird mit Gewalteininsatz geführt. Fünf Konflikte sind neu aufgetreten, die alle gewaltfrei sind. Neun können als beendet betrachtet werden.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtzahl der gewaltsamen Auseinandersetzungen nur geringfügig um einen Konflikt verringert. Die Anzahl der Kriege bleibt jedoch konstant, während sich die Anzahl der überwiegend gewaltfrei ausgetragenen Krisen um 26 % (11) erhöht. Bei den latenten Konflikten wird eine Abnahme um vier Konflikte verzeichnet.

Hervorzuheben ist, dass die relative Konstanz der Gesamtzahlen nicht die Entwicklungen im Einzelnen widerspiegelt. Insgesamt 20 Auseinandersetzungen sind eskaliert, vier davon um mindestens zwei Intensitätsstufen. Neun Konflikte haben die Schwelle zum Ge-



walteininsatz überschritten. Eine Besonderheit stellt hierbei der im Jahr 2000 als latent andauernde Afghanistan-Konflikt zwischen der islamistischen Terror-Organisation Al-Kaida bzw. den Taliban und den USA sowie Großbritannien dar, der aufgrund des Anschlags vom 11. September auf amerikanische Einrichtungen in New York und Washington D.C. sowie auf vier Passagierflugzeuge zu einem Krieg eskaliert. Demgegenüber sind 16 politische Auseinandersetzungen deeskaliert, davon drei um zwei Intensitätsstufen. In zehn der im Jahr 2000 noch gewaltsam ausgetragenen Konflikte wird im Berichtszeitraum überwiegend keine Gewalt eingesetzt.

Nur einer der weltweit zwölf Kriege wird zwischen Staaten ausgetragen, nämlich der von den USA angeführte "Internationale Kampf gegen den Terrorismus",

der sich derzeit gegen das Taliban-Regime in Afghanistan richtet. Der im Vorjahr einzige zwischenstaatliche Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien konnte inzwischen durch ein Grenzabkommen beendet werden, wenngleich der Konflikt andauert. Insgesamt ste-

Weltweite Konflikteskalation und -deeskalation im Vergleich zum Vorjahr:

| Veränderung der Intensität | Anzahl |
|-------------------------------|--------|
| Eskalation um drei Stufen ↑ | 1 |
| Eskalation um zwei Stufen ↑ | 3 |
| Eskalation um eine Stufe ↗ | 16 |
| keine Veränderung • | 114 |
| Deeskalation um eine Stufe ↘ | 13 |
| Deeskalation um zwei Stufen ↓ | 3 |

hen sechs internationalen 32 innerstaatliche gewaltsame Auseinandersetzungen gegenüber. Von den 55 zwischenstaatlichen Konflikten bleiben 36 ohne jegliche Androhung von Gewalt, weitere 13 sind Krisen. Damit beträgt der Anteil der überwiegend oder vollkommen gewaltfrei ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen Staaten annähernd 90 %.

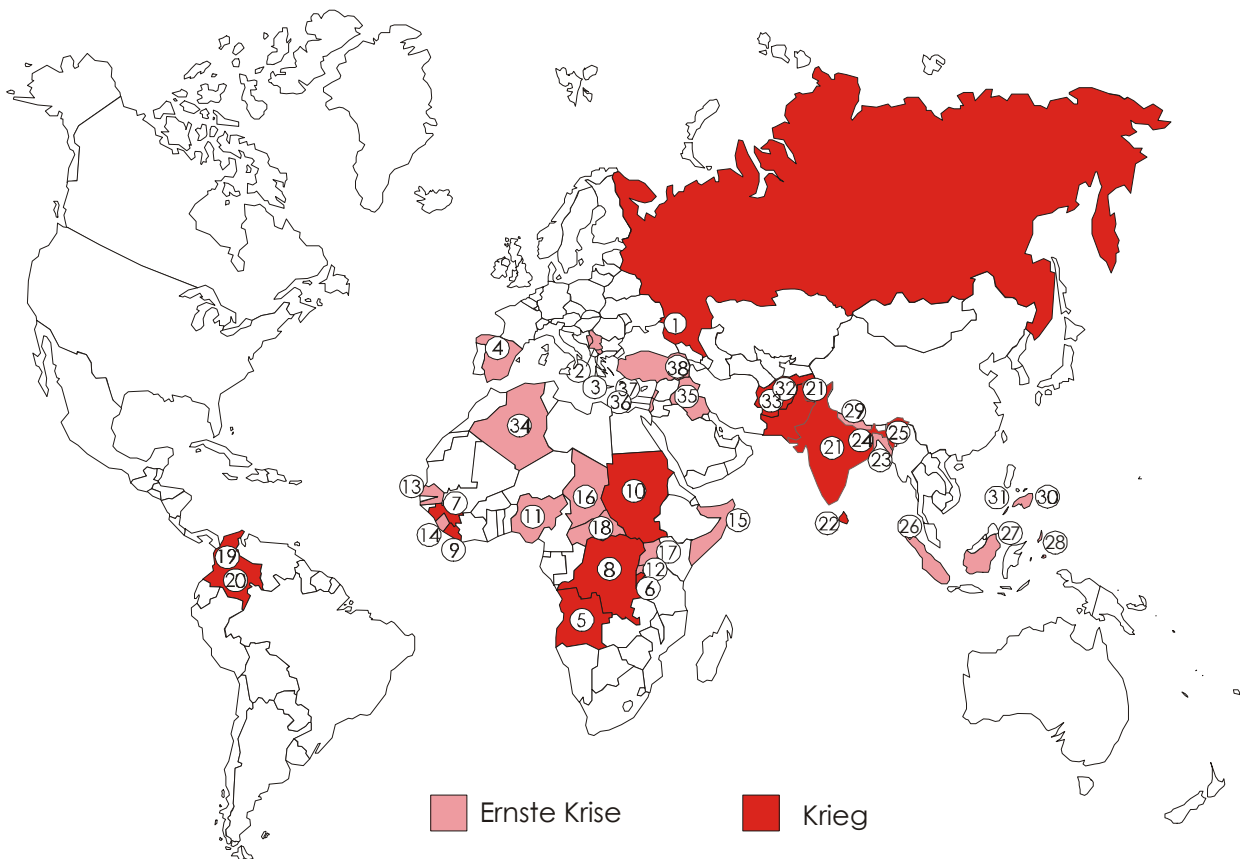
Regionale Entwicklung

Die meisten gewaltsamen Konflikte - 14 wie im Vorjahr - werden in Afrika geführt, davon sind sechs Kriege. Im Jahr 2001 überschreiten die Auseinandersetzungen im Senegal (Casamance), in Somalia (SRRC) und in der Zentralafrikanischen Republik die Schwelle zur Gewalt. Dagegen deeskalieren der letztjährige Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien sowie der Konflikt in Äthiopien (Ogaden). In Asien werden nur noch elf Konflikte - statt wie im Vorjahr 14 - mit dem Einsatz von Gewalt ausgetragen, davon sind zwei Kriege. Die Auseinandersetzungen in Bangladesch (Opposition), zwischen Bangladesch und Indien, in Indonesien (Kalimantan) sowie auf den Philippinen (MNL) überschreiten 2001 die Schwelle zur Gewalt.

Inhalt:

| | |
|--|--------------|
| Sonderbeitrag: Internationaler Terrorismus | 8 |
| Europa | 10 |
| Afrika | 15 |
| Amerika | 21 |
| Asien | 24 |
| Vorderer und Mittlerer Orient | 30 |

Übersichtskarte: Gewaltsame Konflikte 2001

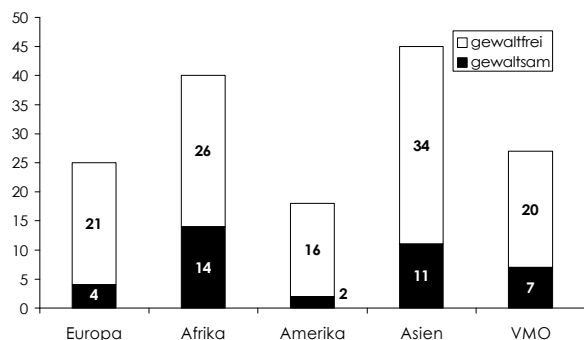


Legende

| Nr. | Konfliktname und wichtigstes Konfliktziel | Nr. | Konfliktname und wichtigstes Konfliktziel |
|-------------------------------|--|--------------------------------|---|
| Europa - Kriege | | Amerika - ernste Krisen | |
| 1 | Russland (Tschetschenien) - Sezession | 20 | Kolumbien (ELN) - System |
| Europa - ernste Krisen | | Asien - Kriege | |
| 2 | Jugoslawien (Presevo-Tal) - Sezession | 21 | Indien (Kaschmir) - Sezession |
| 3 | Makedonien (UCK) - Autonomie | 22 | Sri Lanka - Sezession |
| 4 | Spanien (Baskenland) - Sezession | Asien - ernste Krisen | |
| Afrika - Kriege | | 23 | Bangladesch (Opposition) - nationale Macht |
| 5 | Angola (UNITA) - nationale Macht | 24 | Bangladesch vs. Indien - Grenze |
| 6 | Burundi (Hutu) - nationale Macht | 25 | Indien (Assam) - Autonomie |
| 7 | Guinea (UDFG) - nationale Macht | 26 | Indonesien (Aceh) - Sezession |
| 8 | Kongo (RCD) - nationale Macht | 27 | Indonesien (Kalimantan) - Sonstige |
| 9 | Liberia (LURD) - nationale Macht | 28 | Indonesien (Molukken) - Sonstige |
| 10 | Sudan (SPLA) - Sezession | 29 | Nepal (Maoistische Rebellen) - System |
| Afrika - ernste Krisen | | 30 | Philippinen (Abu Sayyaf) - Sezession |
| 11 | Nigeria - Autonomie | 31 | Philippinen (MNLF) - Autonomie |
| 12 | Ruanda (Hutu) - Autonomie | VMO - Kriege | |
| 13 | Senegal (Casamance) - Autonomie | 32 | Afghanistan (Al-Kaida, Taliban) vs. USA, GB - Ideologie |
| 14 | Sierra Leone (RUF) - nationale Macht | 33 | Afghanistan (Nordallianz) - Autonomie, nationale Macht |
| 15 | Somalia (SRRC) - nationale Macht | VMO - ernste Krisen | |
| 16 | Tschad (MDJT) - nationale Macht | 34 | Algerien (GIA) - System |
| 17 | Uganda (LRA) - nationale Macht | 35 | Irak vs. USA, GB - internationale Macht |
| 18 | Zentralafrikanische Republik - nationale Macht | 36 | Israel (Palästinens. Autonomiebehörde) - Territorium |
| Amerika - Kriege | | 37 | Israel vs. Libanon - Sonstige |
| 19 | Kolumbien (FARC) - System | 38 | Türkei (PKK) - Sezession |

Dagegen deeskalieren die Konflikte auf den Fidschi-Inseln, auf den Salomonen, in Kirgistan, in Usbekistan, in Pakistan (Karatschi) und zwei Konflikte auf den Philippinen - MILF und NPA.

Verteilung aller globalen Konflikte 2001
nach Region und Gewalteininsatz



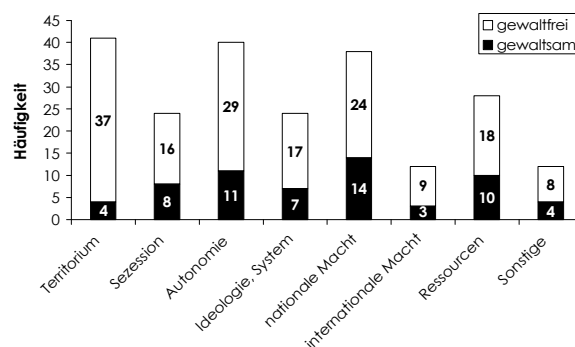
Europa und Amerika verzeichnen nach wie vor die geringste Anzahl an Gewaltkonflikten. In Europa eskaliert zunächst der Makedonien-Konflikt. Im August schließen jedoch Vertreter der slawischen Makedonier und der albanischen Minderheit ein Abkommen. Demgegenüber wird bei der Auseinandersetzung um die Sezession der jugoslawischen Provinz Kosovo Gewalt nicht mehr als überwiegendes Mittel des Konfliktausgangs eingesetzt. Der einzige Krieg in Europa bleibt der Tschetschenien-Konflikt. Die gewaltsamen Konflikte in Amerika werden beide - davon einer als Krieg - weiterhin auf kolumbianischem Boden ausgetragen. Im Vorderen und Mittleren Orient (VMO) ist zu den sechs gleichbleibend gewaltsamen Auseinandersetzungen der Afghanistan-Konflikt zwischen der Al-Ka-

ida-Organisation bzw. den Taliban und den USA hinzugekommen. Neben diesem wird auch der innerstaatliche Afghanistan-Konflikt als Krieg gewertet.

Konfliktgegenstände

Die im Jahr 2001 laufenden politischen Auseinandersetzungen werden am häufigsten um die Konfliktgüter Territorium, Autonomie und nationale Macht geführt. Dabei werden fast alle Territorialkonflikte friedlich ausgetragen. Ausnahmen sind z.B. der Kaschmir-Konflikt und auch der gewaltsame Konflikt zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde. Im Gegensatz zu Territorialkonflikten sind Auseinandersetzungen um innerstaatliche Macht oder um Autonomie besonders gewaltträchtig. Sezessionskonflikte, die meist ohne den Einsatz von Gewalt ausgetragen werden, sind am häufigsten in Europa und Asien zu fin-

Häufigkeit der Konfliktgegenstände nach Gewalteininsatz



Übersicht: Konfliktbilanz 2001

| Region | Europa | | | Afrika | | | Amerika | | | Asien | | | VMO | | | Gesamtergebnis | | |
|-------------------------------|--------|-----|------|--------|-----|------|---------|-----|------|-------|-----|------|------|-----|------|----------------|-----|------|
| | lfd. | neu | ende | lfd. | neu | ende | lfd. | neu | ende | lfd. | neu | ende | lfd. | neu | ende | lfd. | neu | ende |
| latenter Konflikt | 13 | 0 | 1 | 13 | 2 | 2 | 13 | 0 | 0 | 14 | 0 | 1 | 11 | 0 | 2 | 64 | 2 | 6 |
| Krise | 8 | 0 | 0 | 13 | 2 | 0 | 3 | 0 | 1 | 20 | 1 | 1 | 9 | 0 | 0 | 53 | 3 | 2 |
| ernste Krise | 3 | 0 | 0 | 8 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 9 | 0 | 0 | 5 | 0 | 0 | 26 | 0 | 0 |
| Kriege | 1 | 0 | 0 | 6 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 12 | 0 | 0 |
| Summe | 25 | 0 | 1 | 40 | 4 | 2 | 18 | 0 | 1 | 45 | 1 | 2 | 27 | 0 | 2 | 155 | 5 | 8 |
| davon Summe gewaltfrei | 21 | 0 | 1 | 26 | 4 | 2 | 16 | 0 | 1 | 34 | 1 | 2 | 20 | 0 | 2 | 117 | 5 | 8 |
| davon Summe gewaltsam | 4 | 0 | 0 | 14 | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 11 | 0 | 0 | 7 | 0 | 0 | 38 | 0 | 0 |

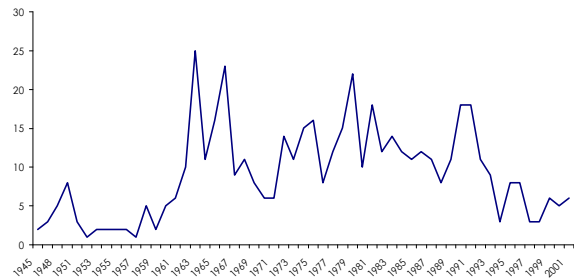
den. Die ebenfalls selten gewaltträchtigen Auseinandersetzungen um Ressourcen finden sich in den meisten Fällen in Afrika.

Putsche

In diesem Jahr finden Putschversuche am 7. Januar in der Elfenbeinküste, am 28. Mai in der Zentralafrikanischen Republik und im April und im Juli jeweils ein Putschversuch in Burundi statt. Im August wird ein Putsch gegen die Regionalregierung auf der zu den Komoren gehörenden Insel Anjouan verübt, dem im September ein "Gegen-Putschversuch" - ebenfalls auf Regionalebene - folgt. Nachdem sich im Vorjahr auch Putsche und Putschversuche in Asien und Amerika ereigneten, finden diese 2001 ausschließlich in Afrika

statt. Damit bleiben Putsche und Putschversuche nach ihrem drastischen Rückgang zu Beginn der neunziger Jahre auch weiterhin ein seltenes Instrument der Konfliktaustragung.

Anzahl der Putsche und Putschversuche pro Jahr 1945 - 2001



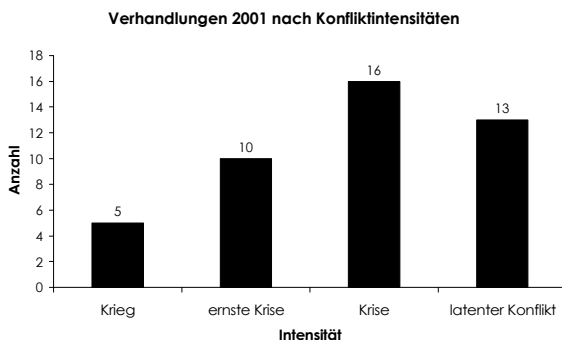
Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung

In über einem Drittel der 155 politischen Konflikte werden im Verlauf des Jahres 2001 wirkungsvolle Maßnahmen zu deren Eindämmung ergriffen. Sowohl die Beteiligten selbst als auch dritte Parteien wie Regierungen, Regional- oder internationale Organisationen bringen diese zum Einsatz.

Verhandlungen, Vermittlungen

In insgesamt 44 politischen Auseinandersetzungen führen die jeweiligen Konfliktparteien Verhandlungen zu deren Lösung, von denen 26 erfolgreich verlaufen. Zwei münden in Friedensverträge und beenden die Konflikte in Dschibuti (FRUD) und Makedonien (UCK). Zwei weitere führen zu dauerhaften Waffen-

druck, dass Verhandlungen am häufigsten in überwiegend gewaltfreien Konflikten geführt werden. Allerdings verhandeln die Konfliktparteien in fünf von zwölf Kriegen, was einem Anteil von über 40 % entspricht. Bei ernstesten Krisen liegt dieser bei 38 %, während bei Konflikten mit wenig oder gar keinem Gewalteininsatz in 25 % der Fälle Verhandlungen geführt werden.



stillständen auf den Philippinen in den MILF- und NPA-Konflikten. Die beiden Waffenstillstände im Senegal (Casamance) und erneut auf den Philippinen (MILF) sind nicht von Dauer. Des Weiteren können zehn Abkommen als Erfolge von Verhandlungen gewertet werden. Insgesamt behandeln die meisten Verhandlungen Konflikte in den Regionen Asien und Afrika, wo auch die meisten Auseinandersetzungen zu lokalisieren sind. Die Gesamtzahlen erwecken den Ein-

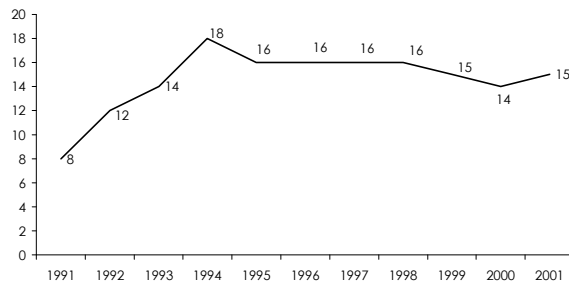
Internationale Organisationen

Im Jahr 2001 unterhält die UNO nach eigenen Angaben 15 Peacekeeping-Missionen. Jeweils fünf davon befinden sich in Europa (Bosnien-Herzegowina, Georgien (Abchasien), Jugoslawien (Kosovo), Kroatien und Zypern) und dem Vorderen und Mittleren Orient (Irak vs. Kuwait, Israel vs. Syrien, Israel, Libanon, Marokko (Westsahara)). In Afrika werden nur drei (Eritrea vs. Äthiopien, Kongo (RCD) und Sierra Leone (RUF)), in Asien nur zwei (Indonesien (Ost-Timor) und Indien vs. Pakistan) durchgeführt. Mit den UNO-Missionen im Kongo (RCD), in Indien (Kaschmir) und in Sierra Leone (RUF) werden in drei Fällen UNO-Blauhelmsoldaten in gewaltsamen Konflikten eingesetzt. Insgesamt waren im Jahr 2001 über 47.000 Soldaten aus 88 Ländern in Peacekeeping-Missionen stationiert.

Die UNO hält zu Beginn des Jahres 2001 Sanktionen gegen zehn Staaten aufrecht. Zwei der sieben gegen afrikanische Länder verhängten Zwangsmaßnahmen beendet sie im weiteren Verlauf. Im Mai endet das Waffenembargo gegen Eritrea und Äthiopien nach Ablauf der vorgesehenen Frist. Der UNO-Sicherheitsrat beschließt im September die Aufhebung der Sanktionen gegen den Sudan sowie des partiellen Waffenembargos gegen Jugoslawien (Kosovo). Damit bleiben die Maß-

nahmen gegen Afghanistan, Angola, Irak, Ruanda und Somalia unverändert. Das Waffenembargo gegen Liberia wird verschärft und um ein Handelsverbot mit Diamanten erweitert. Bei dem umfassenden Wirtschaftsembargo gegen den Irak einigt sich der UNO-Sicherheitsrat auf eine weitere Verlängerung des seit 1998 bestehenden Öl-für-Lebensmittel-Programms.

Anzahl der UNO-Peacekeeping-Missionen pro Jahr
1991-2001



Neben den Bemühungen der UNO werden im Jahr 2001 auch Maßnahmen von Regionalorganisationen unternommen, um Konflikte zu beenden. In Afrika hat die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) diplomatische oder militärische Missionen in Eritrea und Äthiopien, in der DR Kongo, auf den Komoren und in der Elfenbeinküste durchgeführt. Die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) unterhält knapp 1.700 Soldaten aus ihren Mitgliedsländern, um die Grenzen Sierrae Leones zu seinen Nachbarländern zu überwachen. In Europa stehen die beiden UNO-Überwachungsmissionen in Bosnien-Herzegowina (SFOR) und im Kosovo (KFOR - unter

Beteiligung elf anderer UNO-Mitgliedsstaaten) unter dem Oberbefehl der NATO. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterhält 2001 insgesamt zehn Langzeitmissionen in Skopje, Georgien, Estland, Moldawien, Litauen, Tadschikistan, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Kosovo und in der Bundesrepublik Jugoslawien. In zehn anderen Ländern führt sie weitere Feldaktivitäten durch.

Autoritative Entscheidungen durch den IGH

Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag fällt 2001 vier Gerichtsurteile. Diese betreffen die Klagen der DR Kongo gegen Burundi und gegen Ruanda, die jeweils wegen Grenzverletzungen und Kampfhandlungen auf dem Staatsgebiet des Kongo erhoben wurden, der Klage der Bundesrepublik Deutschland gegen die USA wegen Verfahrensfehlern im Prozess gegen die beiden deutschen Staatsbürger Walter und Karl La Grand sowie die Entscheidung in der bis dahin offenen Grenzfrage zwischen Bahrain und Katar. Zwei weitere Klagen werden 2001 beim IGH eingereicht. Diese sind eine Klage Liechtensteins gegen Deutschland um Eigentumsrechte sowie ein Antrag Jugoslawiens auf Revision des 1996 vom IGH gefällten Urteils im Verfahren Bosnien-Herzegowinas gegen Jugoslawien wegen Völkermordes.

Übersicht: Laufende Peacekeeping-Missionen der UNO

| Missionskürzel | Name der Mission | Beginn | Land |
|----------------|--|--------|---------------------|
| MINURSO | UN Mission for the Referendum in Western Sahara | 1991 | West Sahara |
| MONUC | UN Mission in the Democratic Republic of the Congo | 1999 | DR Kongo |
| UNAMSIL | UN Mission in Sierra Leone | 1999 | Sierra Leone |
| UNDOF | UN Disengagement Observer Force Golan Heights | 1974 | Syrien - Israel |
| UNFICYP | UN Force in Cyprus | 1964 | Zypern |
| UNFIL | UN Interim Force in Lebanon | 1978 | Libanon |
| UNIKOM | UN Iraq/Kuwait Observer Mission | 1991 | Irak - Kuwait |
| UNMEE | UN Mission in Ethiopia and Eritrea | 2000 | Äthiopien - Eritrea |
| UNMIBH | UN Mission in Bosnia and Herzegovina | 1995 | Bosnien-Herzegowina |
| UNMIK | UN Interim Administration Mission in Kosovo | 1999 | Kosovo |
| UNMOGIP | UN Military Observer Group India-Pakistan | 1949 | Indien - Pakistan |
| UNMOP | UN Mission of Observers in Prevlaka | 1996 | Kroatien |
| UNOMIG | UN Observer Mission to Georgia | 1993 | Georgien |
| UNTAET | UN Transitional Administration in East Timor | 1999 | Ost-Timor |
| UNTSO | UN Truce Supervisory Organization Middle East | 1948 | Naher Osten |

Sonderbeitrag: Internationaler Terrorismus

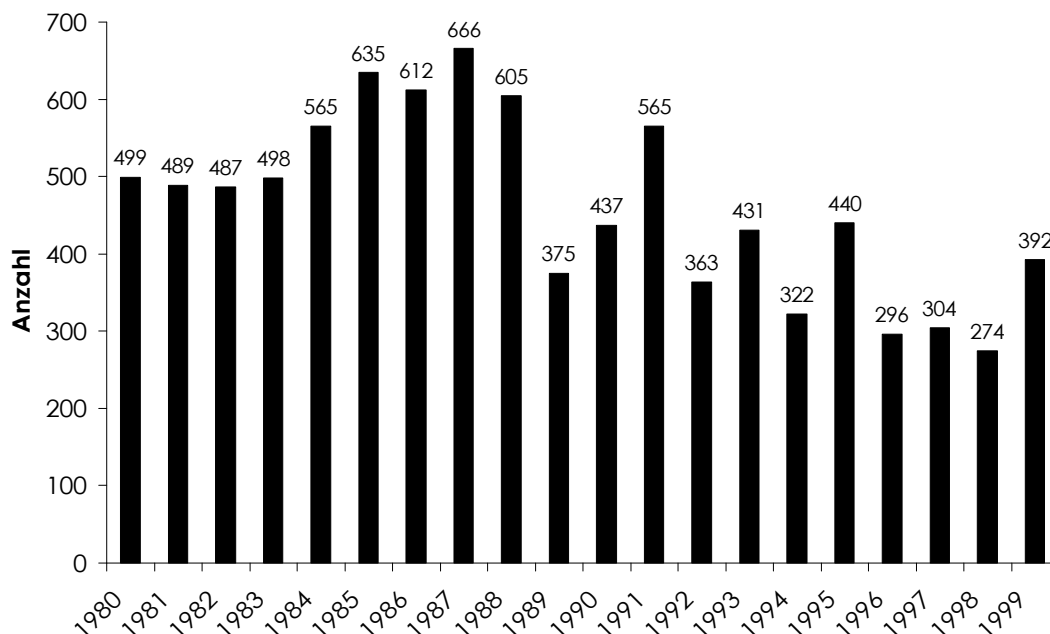
Die Attentate vom 11. September stehen in der Reihe der schon seit Mitte der siebziger Jahre beobachtbaren Entwicklung: Politisch motivierte Gewalt verlagert sich vom internationalen in den innerstaatlichen Raum, wo mehr oder weniger organisierte nicht-staatliche Gruppen und Bewegungen mit unterschiedlich hohem Rückhalt in der Bevölkerung in Erscheinung treten.

Terrorismus ist kein neues Phänomen. Seit Jahren leben Spanier mit dem ETA-Terrorismus, die Nordiren mit dem IRA-Terrorismus, in den siebziger Jahren kannte Deutschland den RAF-Terrorismus etc. Dabei handelte es sich um von einzelnen, meist individuell oder von kleineren Gruppen durchgeführte Gewaltakte, die gegen bestehende Ordnungen gerichtet waren und sind. Ziele waren einzelne Personen oder bestimmte Gebäude, häufig Repräsentanten symbolträchtiger Einrichtungen. Meist wiesen sich die Terroristen in Bekenntschreiben aus, in denen Begründungen für die Gewaltakte gegeben werden. Dies sind einige Fälle von Terrorismus, die wir in Europa kennen gelernt haben. In den 20 Jahren von 1980 bis 1999 sind vom US Department of State weltweit insgesamt mehr als 9.000 Terroranschläge gezählt worden (vgl. untenstehende Grafik). Europa steht dabei mit an der Spitze, gefolgt von Lateinamerika und dem Vorderen

und Mittleren Orient. Sicherlich führt heutzutage diese Region die Liste an, wenn alle Anschläge, die zwischen Palästinensern und Israelis verübt werden, mitgezählt sind.

Die in diesen Regionen stattfindenden terroristischen Akte haben ganz unterschiedliche Ursachen, Motive und damit Rechtfertigungen. Der Al-Kaida-Terrorismus unterscheidet sich von den bisher bekannten Formen terroristischer Akte vor allem dadurch, dass die terroristischen Anschläge gleichzeitig von mehreren Terroristen ausgeführt werden, die sich selbst als Waffe einsetzen (Suizid-Terrorismus). Religiöser Glaube motiviert zu solcher Selbstaufgabe. Auch dürften die Anschläge von langer Hand vorbereitet und nicht isoliert von einem Einzelnen ausgeführt worden sein. Vielmehr handelt es sich um ein transnationales Netzwerk; Täter und Opfer stammen aus unterschiedlichen Staaten, die Täter selbst aus verschiedenen muslimisch-arabischen Ländern, die Opfer aus 60 bis 70 verschiedenen Staaten. Das Sozialprofil der Terroristen lässt darauf schließen, dass es sich nicht wie zunächst angenommen um junge, aus armen Verhältnissen stammende Selbstmordattentäter (die "Verdammten dieser Erde") aus Flüchtlingslagern handelt, sondern um gut ausgebildete, aus der Mittelschicht

Internationale Terroranschläge 1980-99



Internationaler Terrorismus ist kein neues Phänomen. Dennoch hat sich bisher keine einheitliche Definition durchgesetzt. Das US Department of State beobachtet seit 1980 kontinuierlich weltweite Anschläge. Dessen Beobachtungen liegt folgende Terrorismus-Definition zugrunde: (1) Der Begriff "Terrorismus" meint vorsätzliche, politisch motivierte Gewalt gegen Zivilisten (Non-Kombatanten), die von substaatlichen Gruppen oder von im Geheimen agierenden Akteuren verübt wird, meist mit der Intention, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gewinnen. (2) Der Begriff "internationaler Terrorismus" meint Terrorismus, der Bürger oder das Territorium von mehr als einem Land einbezieht.

Quelle: U.S. Department of State: Patterns of Global Terrorism 1999. Washington D.C., April 2000.
<http://www.state.gov/www/global/terrorism/1999report/1999index.html>

stammende Personen mit westlicher Erziehung aus unterschiedlichen arabischen Ländern (Ägypter, Saudis). Abweichend von früheren Terroranschlägen gibt es keine Bekennerschreiben; dies lässt darauf schließen, dass der Organisation der Al-Kaida diese Aufgabe vorbehalten wurde. Das Ausmaß der Zerstörung und des Massenmords stellt alles in den Schatten, was bisher von terroristischer Seite bekannt geworden ist. Zwar wurden die Terrorakte von einer nicht-staatlichen Organisation geplant und durchgeführt; ein Unternehmen solchen Ausmaßes kann aber ohne staatliche Unterstützung oder zumindest Duldung nicht durchgeführt werden. Es handelt sich somit um einen Terrorakt, der mit staatlicher Unterstützung erfolgte, ohne selbst Staatsterrorismus im engeren Sinne zu sein.

Die Terroranschläge vom 11. September sind nicht mit einfachen Erklärungen zu fassen. Erklärungen müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass "super empowered individuals" mittlerweile in der Lage sind, mit einfachsten Mitteln nicht nur biologische und chemische Substanzen, sondern auch zivile Verkehrsmittel als todbringende Waffen zum Einsatz zu bringen. Deutlich ist der Trend zur Re-Privatisierung der Gewalt auch im internationalen Terrorismus zu erkennen. Es stellt sich die Frage, wann ein einzelner Anschlag politisch, wann überwiegend privater Natur ist. Nach unserer Definition muss ein Konflikt zumindest auf einer Seite die staatliche Souveränität betreffen; es müssen Grenzen oder Eigentumsverhältnisse in Frage gestellt oder das politische System beziehungsweise die staatliche und territoriale Integrität eines Staates herausgefordert werden. Im Falle des Bin-Laden-Netzwerks bezieht sich der politische Inhalt im engeren Sinne auf eine Protesthaltung gegen die Präsenz der USA in Saudi Arabien seit dem Krieg gegen den Irak 1991 und gegen ihre pro-israelische Haltung im Nahost-Konflikt. In diesem Sinne wäre der Terroranschlag nicht als politischer Konflikt im herkömmlichen Sinne interpretierbar. Gegen eine Verortung der Terroranschläge in einem Spannungsfeld des "Kampfes der Kulturen" des "Westens" gegen den "Islamismus" und damit auch der "Moderne" gegen den "Fundamentalismus" sowie "Reich" gegen "Arm" spricht die Tatsache, dass die tatsächlichen Attentäter nicht wie im Nahost-Konflikt aus verarmten und perspektivlosen Milieus stammen, sondern den begüterten Mittel- und Oberschichten entstammen, im Westen gelebt haben und die freiheitlichen Werte nicht aus Deprivation, sondern aus Überzeugung ablehnen.

Sieht man jedoch den Terroranschlag nicht von seinem Hintergrund isoliert, sondern bezieht seine Wurzeln auf den Afghanistankonflikt, so wäre er eine Fortsetzung der Kriege in Afghanistan, wo sich lokale Kriegsfürsten mit Opiumanbau und -handel sowie Söldner- und Waffengeschäften auf Kosten der Bevölkerung bereichern. Mit der Machtübernahme der Taliban kehrte zwar zunächst eine (Friedhofs-) Ruhe ein. Dennoch konnten sich die Taliban nicht vollends gegen die Nordallianz durchsetzen. Das Terrornetzwerk Bin Ladens schließlich, so erscheint es aus heutiger Sicht, hat

sich mit diesem Regime verbündet und als staatliche Grundlage für Terroranschläge benutzt.

Die militärische Intervention der USA und Großbritanniens gegen die Al-Kaida-Organisation und das Taliban-Regime bestätigt die konfliktorientierte Zuordnung der Terroranschläge in den Afghanistankomplex. Der Konflikt tritt damit in eine neue Phase. Der internationale Konflikt überlagert den Bürgerkrieg. Wichtig ist es in diesem Konflikt, neben den diachronen Bezügen zu Vorphasen des Afghanistankonflikts, auch synchrone Konfliktbezüge zu beachten. Insbesondere der Nahost-Konflikt und die Rolle der USA spielen für die Mobilisierbarkeit für anti-amerikanische und islamistische Positionen eine große Rolle. Fortschritte bei der Einhegung dieses Konfliktfeldes dürften demnach unmittelbare Auswirkungen auf die Bildung und Schlagkraft anti-amerikanischer und anti-westlicher Netzwerke haben. Aus dem Gesagten wird deutlich, dass es aus konflikttheoretischer Sicht plausibler erscheint, einzelne Gewaltakte wie die vom 11. September ihrem Grundkonfliktfeld zuzuordnen, statt sie als einen neuen Konflikt bzw. Krieg zu deklarieren. Die Entstehung des Bin-Laden-Netzwerks und die Machtübernahme des Taliban-Regimes wurden durch den anarchischen afghanischen Kriegszustand begünstigt. Die Konsolidierung einer legitimen Herrschaft in Afghanistan auf der Basis des auf dem Petersberg in Königswinter beschlossenen Maßnahmenbündels könnte ähnlichen Entwicklungen künftig entgegenwirken.

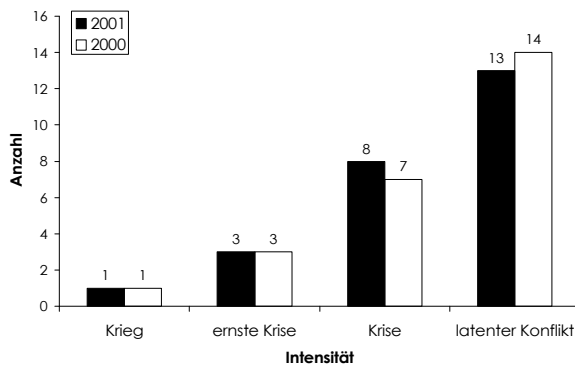
Wichtige islamistische Terrorgruppen

| Bezeichnung | Beschreibung |
|--|---|
| Abu Sayyaf (Vater des Schwertführers) | Spaltete sich 1991 von der philippinischen Rebellengruppe Moro-Befreiungsfront ab; kämpfen für eigenen Staat auf der Insel Mindanao |
| Al-Kaida (die Basis) | Arabische Mudschaheddin unter Führung Osama Bin Ladens |
| Islamischer Dschihad (Islamischer Heiliger Krieg) | Ende der siebziger Jahre in Ägypten gegründet; kämpft gegen die Regierung von Präsident Mubarak; enge Verbindungen zu Bin Laden |
| Front Islamique de Salvation (Islamische Heilsfront, FIS) | Algerischer Zweig der Moslebrüder; wurden 1991 verboten und operieren seither aus dem Untergrund |
| Groupe Islamique Armée (Bewaffnete Islamische Gruppe, GIA) | 1992 als radikale Splittergruppe der Islamischen Heilsfront gegründet; enge Verbindungen zum ägyptischen Dschihad und zum Iran |
| Hamas (Islamische Widerstandsbewegung) | 1987 im Zuge der Intifada gegründet; ging aus den Moslebrüdern hervor; kämpfen für islamischen, nichtsäkularen Staat Palästina |
| Hisbollah (Partei Gottes) | Schiitisch-extremistische Bewegung, 1982 auf Betreiben des Iran gegründet |
| Ichwan Muslimin (Moslebrüder) | 1928 in Ägypten gegründet; operiert multinational; kämpft für die Beseitigung als "unislamisch" erachteter Regime |

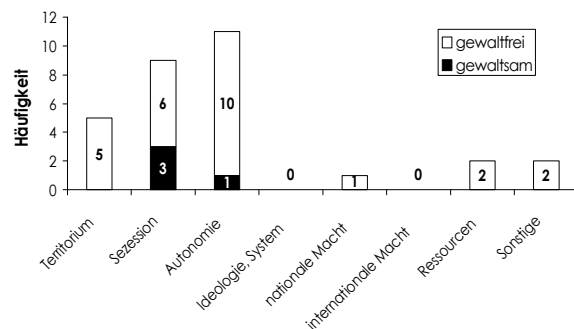
Europa

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der Konflikte in Europa leicht abgenommen. Die Anzahl der gewaltsamen Auseinandersetzungen bleibt insgesamt gleich. Während jedoch der Konflikt im Kosovo deeskaliert und nicht mehr überwiegend gewaltsam ausgetragen wird, verschärft sich der bisher latente Konflikt in Makedonien und führt zu schweren Kämpfen mit mehr als 100 Toten. Auch die Auseinandersetzung im Presevo-Tal/Jugoslawien zählt zu den "ernsten Krisen", kann aber durch die Selbstauflösung der dortigen UCK als beigelegt betrachtet werden. Der Konflikt in Albanien um nationale Macht sowie der Konflikt zwischen der russischen Minderheit und der estnischen Regierung können ebenfalls beigelegt werden. Der einzige Krieg in Europa bleibt Tschetschenien/Russland, der zunehmend durch Gewaltexzesse von beiden Seiten gekennzeichnet ist. In der andauernden Krise um den Friedensprozess in Nordirland ist die Selbstentwaffnung der IRA als Fortschritt zu werten. Sezession und Autonomie bleiben die vorherrschenden Konfliktgegenstände in Europa.

Konfliktintensitäten Europa 2001 - 2000



Häufigkeit der Konfliktgegenstände nach Gewalteininsatz Europa



Albanien

Intensität: 1 Veränderung: Ende Beginn: 1989
 Konfliktparteien: DP vs. SP
 Konfliktgegenstand: nationale Macht

Bei geordnet ablaufenden Wahlen unter OSZE-Aufsicht im Juni/Juli trägt die regierende Sozialistische Partei (SP) von Fatos Nano den Sieg davon. Die Demokratische Partei (DP) von Ex-Präsident Sali Berisha erkennt das Ergebnis der Wahlen an. Damit ist der Konflikt beendet *fw*

Bosnien-Herzegowina

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Moslemisch-Kroatische Föderation vs. bosnische Serben (Republika Srpska)
 Konfliktgegenstand: Autonomie, Territorium, Minderheiten

In Bosnien-Herzegowina besteht der Konflikt zwischen der Moslemisch-Kroatischen Föderation und der Republika Srpska (RS) um Autonomie, Territorium und Minderheitenrechte weiter. Die Flüchtlingsrückführung ist nur teilweise erfolgreich. Im Januar und Februar werden zahlreiche mutmaßliche Kriegsverbrecher aus der RS von der SFOR und der UNO-Polizei festgenommen und dem IGH überstellt. Im Januar stellt sich die frühere Präsidentin der serbischen Teilrepublik Biljana Plavsic nach einem Haftbefehl dem UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Am 3.3. beschließen kroatische Nationalisten und bosnische Kroaten auf einer Kroatischen Volksversammlung in West-Mostar die Errichtung einer eigenen Parallelverwaltung innerhalb der Moslemisch-Kroatischen Föderation. Dem serbischen Parlament in Banja Luka wird ein Gesetz zur Regelung der Zusammenarbeit mit dem Tribunal in Den Haag vorgelegt. *öy*

Frankreich (Korsika)

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1975
 Konfliktparteien: korsische Nationalisten, FLNC vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

In dem Sezessionskonflikt zwischen der korsischen Unabhängigkeitsbewegung und der französischen Regierung hat Frankreich im Juli 2000 einen Rahmenplan für eine begrenzte Autonomie der Mittelmeerinsel beschlossen. Das entsprechende Reformgesetz durchläuft im Mai in erster Lesung das Parlament. Mit 287 zu 217 Stimmen stimmt die Französische Nationalversammlung einer Gesetzesvorlage zu, die Korsika weitere Sonderregelungen in den Bereichen Kultur, Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung zusichert. Das Gesetz ist Teil der schrittweisen Übertragung gesetzgeberischer Kompetenzen an das korsische Regionalparlament, die im Jahr 2004 durch eine Verfassungsänderung die Verwaltung durch die Präfektur beenden soll. Trotz des eingeforderten Gewaltverzichts werden im August weitere Terroranschläge verübt. Die Täterschaft kann in keinem der Fälle nachgewiesen werden. *ah*

Georgien (Abchasien)

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1989
 Konfliktparteien: Abchasen, tschetschenische Freischärler vs. Regierung, georgische Freischärler
 Konfliktgegenstand: Sezession

Der Konflikt in der umstrittenen Region Abchasien besteht seit 1989. Die Führung der abchasischen Separatisten fordert die Anerkennung der Abspaltung von Georgien und die Anbindung der Autonomen Abchasischen Republik an Russland. Georgische Freischärler dringen wiederholt in Abchasien ein, um die Separationsbestrebungen zu unterbinden. Bei

Übersicht: Konflikte in Europa 2001

| Konfliktname ¹ | Direkt Beteiligte ² | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ³ | Int. ⁴ |
|-------------------------------------|--|---|--------|-------------------|-------------------|
| Albanien | DP vs. SP | Nationale Macht | 1989 | • Ende | 1 |
| Bosnien-Herzegowina | Moslemisch-Kroatische Föderation vs. Republika Srpska (Bosnische Serben) | Autonomie, Territorium, Minderheiten | 1991 | • | 2 |
| Estland * | Russische Minderheit vs. Regierung | Kulturelle Rechte | 1991 | • Ende | 1 |
| Frankreich (Korsika) | Korsische Nationalisten, FLNC vs. Regierung | Sezession | 1975 | • | 2 |
| Georgien (Abchasien) | Abchasische Minderheit, tschetschenische Freischärler vs. Regierung, georgische Freischärler | Autonomie | 1989 | • | 2 |
| Georgien (Adscharien) * | Adscharische Minderheit vs. Regierung | Regionale Autonomie | 1990 | • | 1 |
| Georgien (Südossetien) * | Südosseten vs. Regierung | Sezession | 1989 | • | 1 |
| Großbritannien (Nordirland) | IRA vs. Real IRA vs. Sinn Fein vs. Britische Regierung vs. UUP, paramilitärische Protestantengruppen (UFF vs. UDA vs. LVF vs. UVF) | Autonomie | 1968 | • | 2 |
| Jugoslawien (Kosovo) | UCK (inzwischen aufgelöst), politische Parteien der ethnischen Albaner: LDK, PDK vs. jugoslawische Regierung | Sezession | 1989 | ↘ | 2 |
| Jugoslawien (Montenegro) | Montenegrinische Regierung, DPS, LS vs. jugoslawische Regierung, SNP | Sezession | 1997 | ↘ | 1 |
| Jugoslawien (Presevo-Tal) | UCPMB vs. serbische Polizei, jugoslawische Armee | Sezession | 1999 | • Ende | 3 |
| Jugoslawien (Wojwodina) | Regionalregierung der Wojwodina, 14 Parteien und Bürgerinitiativen vs. serbische Regierung | Autonomie | 1989 | • | 1 |
| Kroatien (Krajina und Ostslawonien) | Serbische Rücksiedler vs. kroatische Nationalisten der HDZ | Autonomie | 1991 | • | 1 |
| Lettland | Russische Minderheit vs. Regierung | Kulturelle Autonomie | 1991 | • | 1 |
| Makedonien (UCK) | UCK, AKSh vs. makedonische Polizei- und Militäreinheiten | Autonomie (Gleichberechtigung) | 1991 | ↑ | 3 |
| Moldawien (Transnistrien) | Autonomieregierung in Transnistrien, russische Minderheit vs. Regierung | Sezession | 1991 | • | 1 |
| Rumänien | Ungarische Minderheit vs. Regierung | Kulturelle Autonomie | 1989 | ↗ | 2 |
| Rumänien - Ukraine | Rumänien vs. Ukraine | Seegrenze (Schwarzes Meer: Schlangeninsel, Kontinentalsockel), Ressourcen | 1991 | • | 1 |
| Russland (Tschetschenien) | Tschetschenische Rebellen, islamische Fundamentalisten vs. Regierung | Sezession | 1991 | • | 4 |
| Slowakei | Regierung vs. ungarische Minderheit | Ethnische, regionale Autonomie | 1993 | • | 1 |
| Spanien - Großbritannien | Spanien vs. Großbritannien | Territorium (Gibraltar) | 1964 | • | 1 |
| Spanien (Baskenland) | ETA, Herri Batasuna vs. Regierung | Sezession | 1960 | • | 3 |
| Türkei - Griechenland | Türkei vs. Griechenland | Territorium, Seegrenzen (Ägäis), Ressourcen | 1973 | • | 2 |
| Ungarn - Slowakei * | Ungarn vs. Slowakei | Ressourcen (Wasser), Territorium | 1989 | • | 1 |
| Zypern | Nordzypem vs. Republik Zypern | Sezession | 1963 | • | 2 |

1) mit * gekennzeichnete Konflikte sind nicht mit einem eigenen Text im Regionalteil erwähnt
2) aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien
3) Veränderungen zum Vorjahr: ↗ bzw. ↑ Eskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ↘ bzw. ↓ Deeskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; • keine Veränderung
4) Intensitätsstufen: 4: Krieg; 3: ernste Krise; 2: Krise; 1: latenter Konflikt

Auseinandersetzungen wird ein Hubschrauber mit UNO-Militärbeobachtern abgeschossen, wobei neun Menschen ums Leben kommen. Russland wirft Georgien wiederholt vor, tschetschenischen Extremisten Unterschlupf zu gewähren und sie nach Abchasien vordringen zu lassen. Die georgische Regierung weist dies zurück und wirft ihrerseits Russland vor, die Abchasen in ihren Separationsbestrebungen zu unterstützen. Auf dem OSZE-Gipfel Ende 1999 in Istanbul hat sich Russland verpflichtet, bis zum 1.7.2001 die Militärbasis in Abchasien zu räumen. Erst Ende Oktober zieht Russland seine Truppen aus Abchasien

ab. 1.500 russische Soldaten verbleiben dennoch in der Region, um die Grenze zwischen der abtrünnigen Republik Abchasien und Georgien zu sichern. *öt*

Großbritannien (Nordirland)

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1968 |
| Konfliktparteien: | IRA vs. Real IRA vs. Sinn Fein vs. Britische Regierung vs. UUP, paramilitärische Protestantengruppen (UFF vs. UDA vs. LVF vs. UVF) | |
| Konfliktgegenstand: | Autonomie | |

Bei der Umsetzung des 1998 abgeschlossenen Frie-

densvertrages (Karfreitagsabkommen) zwischen acht nordirischen Parteien, der britischen und der irischen Regierung werden entscheidende Fortschritte erzielt. Nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien, in deren Mittelpunkt die Entwaffnung der katholischen Irisch-Republikanischen Armee (IRA) steht, tritt am 1.7. Nordirlands Erster Minister David Trimble zurück. Verfassungsbedingt fällt danach die Selbstbestimmung der Provinz am 10.8. und 21.9. jeweils für 24 Stunden an die Londoner Zentralregierung. Nach Zugeständnissen bei der symbolträchtigen Reform der nordirischen Polizei von katholischer und protestantischer Seite im August und September gelingt wenige Wochen später der Durchbruch in der Entwaffnungsfrage. Am 23.10. gibt die IRA den Beginn der Zerstörung der eigenen Waffen bekannt, was vom Leiter der Überwachungskommission John de Chastelain bestätigt wird. Im Gegenzug beginnt die britische Regierung mit dem Rückzug eigener Truppen aus der Region. Nach dem Einlenken der IRA stellt sich Trimble erneut zur Wahl und wird am 6.11. wiedergewählt. Überschattet wird der Annäherungsprozess der Vertragsparteien durch verschiedene Protestaktionen, Anschläge und Attentate von Friedensgegnern aus beiden Lagern. *nis*

Jugoslawien (Kosovo)

| | | |
|---------------------|---|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: ↘ | Beginn: 1989 |
| Konfliktparteien: | UCK (inzwischen aufgelöst), politische Parteien der ethnischen Albaner: LDK, PDK vs. Bundesrepublik Jugoslawien | |
| Konfliktgegenstand: | Sezession | |

Der Konflikt zwischen der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo und der jugoslawischen Zentralregierung um den politischen Status der Provinz Kosovo besteht weiterhin. In der zur Hälfte von Serben bewohnten Stadt Kosovska Mitrovica konzentrieren sich die Ausschreitungen. Nachdem sich das Parteienbündnis Demokratische Opposition Serbiens (DOS) bei den Parlamentswahlen im Januar gegen die Sozialistische Partei Slobodan Milosevics durchsetzen kann, beschließt der neu gewählte Ministerpräsident Zoran Djindjic im Juni, den ehemaligen jugoslawischen Präsidenten an das Haager Kriegsverbrechertribunal auszuliefern. Damit löst er eine Regierungskrise aus. Trotz des Bekenntnisses zu einem multiethnischen Kosovo besteht auch Djindjic auf der territorialen Zugehörigkeit der Provinz zu Jugoslawien. Im Vorfeld der Wahlen am 17.11. im Kosovo nähern sich die albanische Mehrheit und die serbische Minderheit einander an, nachdem die jugoslawische Regierung den Serben die Teilnahme an den Wahlen erstmals empfohlen hat. Bei den Wahlen verfehlt die gemäßigte albanische Partei Demokratische Liga des Kosovo (LDK) die absolute Mehrheit knapp. Der Spitzenkandidat Ibrahim Rugova (LDK) fordert seine internationale Anerkennung als Präsident eines unabhängigen Kosovo. *fw*

Jugoslawien (Montenegro)

| | | |
|---------------------|---------------------------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: ↘ | Beginn: 1997 |
| Konfliktparteien: | DPS, LS vs. SNP, Regierung in Belgrad | |
| Konfliktgegenstand: | Sezession | |

Die Regierung der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro ist bestrebt, das Land in die politische Unabhängigkeit zu führen. Allerdings zeigen die im April

durchgeführten Parlamentswahlen, dass die projugoslawischen Kräfte und die Unabhängigkeitsbefürworter in Montenegro beinahe gleich stark sind. Das Wahlergebnis sowie die anschließende Schwierigkeit, eine tragfähige Regierungskoalition zu bilden, hemmen die Unabhängigkeitsbestrebungen. Alle involvierten Parteien verständigen sich darauf, im April 2002 ein Referendum über die Unabhängigkeit von Montenegro abzuhalten. *aj*

Jugoslawien (Presevo-Tal)

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: Ende | Beginn: 1999 |
| Konfliktparteien: | UCPMB vs. serbische Polizei, jugoslawische Armee | |
| Konfliktgegenstand: | Sezession | |

Der seit Juni 1999 bestehende Konflikt um die Sezession des mehrheitlich von Albanern bewohnten südserbischen Presevo-Tals wird Ende Mai vorläufig beigelegt. Die Rebellen der "Befreiungsarmee von Presevo, Medvedja und Bujanovac" (UCPMB) streben bis dahin mit Waffengewalt den Anschluss der Region an das Kosovo an. Mehrere Faktoren tragen letztlich zu einer Selbstauflösung der UCPMB bei. Zum einen verstärkt die NATO ihren Druck auf die Rebellen, indem sie der jugoslawischen Armee erlaubt, in das seit 1999 entmilitarisierte Grenzgebiet zum Kosovo einzurücken, das die Aufständischen bis dahin als Rückzugsgebiet genutzt haben. Zum anderen legen die NATO und die serbische Regierung ein Amnestie- und Reformprogramm vor, das die UCPMB akzeptiert. *aj*

Jugoslawien (Wojwodina)

| | | |
|---------------------|---|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1989 |
| Konfliktparteien: | Regionalregierung der Wojwodina & "Plattform" bestehend aus 14 Parteien und Bürgerinitiativen vs. serbische Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Autonomie | |

Der Konflikt zwischen der serbischen Regierung und der nach Autonomie strebenden Regionalregierung der serbischen Provinz Wojwodina bleibt weiter ungelöst. Die multiethnisch zusammengesetzte Provinz, die über eine große ungarische Minderheit verfügt, hat 1989 ihren Autonomiestatus verloren. Bei einer Reihe von Gesprächen zwischen Vertretern der Wojwodina und der Regierung in Belgrad wird eine politische Aufwertung der Region in Aussicht gestellt. *aj*

Kroatien (Krajina und Ostslawonien)

| | | |
|---------------------|-------------------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: | Serbische Rücksiedler vs. HDZ | |
| Konfliktgegenstand: | Autonomie | |

Die Regierung Kroatiens hat der serbischen Bevölkerungsgruppe im Jahr 2000 umfangreiche Minderheitenrechte zugestanden. Dennoch sind erst ca. 25 % der Anfang August 1995 vertriebenen Serben nach Kroatien zurückgekehrt. Ihre Siedlungsschwerpunkte sind Ostslawonien und die Krajina. Bei im Mai durchgeführten Kommunalwahlen kann sich die Partei der kroatischen Nationalisten Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) in beiden Regionen als stärkste politische Kraft durchsetzen, was eine Reintegration der serbischen Rücksiedler erschwert. *aj*

Lettland

| | | |
|---------------------|------------------------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: | russische Minderheit vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | kulturelle Autonomie | |

Der Konflikt zwischen der russischsprachigen Minderheit und der lettischen Regierung um kulturelle Autonomie besteht weiter. Zwei Drittel der russischen Minderheit leben als Staatenlose in Lettland. Neue Verordnungen zur Sprachregelung vom Juni unterstreichen die exklusive Stellung der lettischen Sprache. Die Benachteiligung russischsprachiger Letten wird im Juni 2001 von der Menschenrechtskommission der UNO verurteilt. Lettland hat die Europaratskonvention zum Minderheitenschutz noch nicht ratifiziert. Deshalb muss am Ende des Jahres erneut über eine Verlängerung der OSZE-Mission entschieden werden. Die lettische Regierung bemüht sich verstärkt um die Integration der russischen Minderheit und startet eine Informationskampagne zu deren Einbürgerung. Die russische Regierung hingegen erschwert mit ihrer Visa-Politik indirekt den Einbürgerungsprozess. *kw*

Makedonien (UCK)

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: ↑ | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: | UCK und AKSh vs. Polizei- und Militäreinheiten | |
| Konfliktgegenstand: | regionale Autonomie | |

Die seit der Staatsgründung 1991 latent vorhandenen Spannungen zwischen der slawo-makedonischen Titular-Nation und der albanischen Bevölkerungsgruppe führen ab März zu schweren Kämpfen zwischen der albanischen Befreiungsbewegung Kosovo (UCK) und bewaffneten Einheiten der Staatsgewalt. Bei den Auseinandersetzungen, die sich bis in den August ziehen, werden rund 100 Menschen getötet. Das Ziel der UCK ist die politische Gleichstellung mit der slawischen Bevölkerungsmehrheit und eine umfangreiche Autonomie für die Albaner in Makedonien. Auf Druck der NATO und der EU einigen sich Vertreter der beiden Volksgruppen am 13.8. auf ein Abkommen, das der albanischen Minderheit weitreichende politische und kulturelle Rechte einräumt. Im September gibt die UCK ihre Selbstauflösung bekannt, doch die Umsetzung des Abkommens wird von nationalistischen Kräften beider Seiten boykottiert. *aj*

Rumänien

| | | |
|---------------------|-------------------------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: ↗ | Beginn: 1989 |
| Konfliktparteien: | ungarische Minderheit vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | kulturelle Autonomie | |

Die Verabschiedung eines Gesetzes zum Schutz der ungarischen Minderheit in Rumänien durch das ungarische Parlament ruft Spannungen zwischen beiden Ländern hervor. Das Gesetz, das der magyarischen Minorität in Rumänien eine Reihe von Vorteilen verspricht und zum 1.1.2002 in Kraft treten soll, wird von der Regierung in Bukarest kritisiert, weil es von Ungarn ohne Rücksprache verabschiedet wurde und sich auf Bürger eines anderen Landes bezieht. Zuvor hat das rumänische Parlament ein Gesetz gebilligt, das u.a. Ungarisch in bestimmten Gebieten als zweite Amtssprache zulässt. *nis*

Rumänien vs. Ukraine

| | | |
|---------------------|-----------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: | Rumänien vs. Ukraine | |
| Konfliktgegenstand: | Seegrenze; Ressourcen | |

In der offenen Frage um die Grenzziehung am Schwarzen Meer kommt es im Berichtszeitraum zu diplomatischen Spannungen. In einer Pressekonferenz äußert sich der ukrainische Botschafter in Bukarest dahingehend, dass er der rumänischen Regierung empfehle, die Grenze so anzuerkennen, wie sie 1961 zwischen der Sowjetunion und Rumänien festgelegt wurde. Weiterhin spricht er sich gegen eine Anrufung des IGH aus. Das rumänische Außenministerium verwahrt sich gegen die Vorgehensweise der Ukraine. Es wirft der Regierung in Kiew vor, Einzelheiten der Verhandlungen an die Öffentlichkeit zu bringen. Zudem beklagt die rumänische Diplomatie die mangelnde Handlungsbereitschaft der Ukraine. Die Frage nach der genauen Grenzziehung an der Donaumündung ist in dem 1997 zwischen beiden Parteien geschlossenen Grundvertrag ungeregelt geblieben. *nis*

Russland (Tschetschenien)

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 4 | Veränderung: • | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: | tschetschenische Rebellen, islamische Fundamentalisten vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Sezession | |

Im zweiten Jahr des zweiten Tschetschenienkrieges gibt es politisch und militärisch kaum Fortschritte. Die tschetschenischen Separatisten unter der Führung von Schamil Bassajew und dem Jordanier Chattab versuchen seit August 1999 die Unabhängigkeit von der Russischen Föderation mit Waffengewalt zu erzwingen. Infolge des russischen Luft- und Bodenkriegs seit September 1999, den Russland offiziell als "antiterroristische Operation" bezeichnet, kontrolliert Moskau mittlerweile den größten Teil der Kaukasusrepublik, kann die Region bislang aber nicht befrieden. Die Kämpfe zwischen der russischen Armee und tschetschenischen Rebellen, die ihre Forderungen nach Unabhängigkeit nicht aufgegeben haben, konzentrieren sich auf die beiden Städte Grosny und Gudermes sowie auf die südliche Bergregion. Russischen Angaben zufolge sterben wöchentlich rund 30 tschetschenische Rebellen. Die wöchentlichen Verlustmeldungen für die russische Seite sind vom Kreml bereits vor einem Jahr eingestellt worden. Seitdem wird die Zahl der getöteten russischen Soldaten offiziell mit 3.000-3.500 angegeben. Über die Zahl der zivilen Opfer gibt es keine Aussagen. Meldungen von Journalisten und Menschenrechtsorganisationen lassen auf eine zunehmende Brutalisierung und Gewaltexzesse zwischen den Konfliktparteien schließen. Nach sogenannten "Säuberungen" russischer Soldaten in tschetschenischen Dörfern im Juli sprechen selbst ranghohe russische Militärs von Menschenrechtsverletzungen. Etwa 200.000 Menschen sind seit Beginn des Krieges 1999 in die benachbarten Kaukasusrepubliken Dagestan, Inguschetien und Karatschajewo-Tscherkessien geflohen.

Wiederholt versuchen tschetschenische Kämpfer auf ihre Forderungen und den Krieg weltweit aufmerksam zu machen, indem sie auch im Ausland terroristische

Anschläge wie Flugzeugentführungen und Geiselnahmen verüben.

Nachdem Präsident Wladimir Putin Tschetschenien im Juni 2000 seiner persönlichen Kontrolle unterstellt und eine moskautreue Verwaltung eingesetzt hat, wird im Januar 2001 eine pro-russische Regierung unter Kabinettschef Stanislaw Ijasow gebildet.

Im Januar erhält Russland sein Stimmrecht im Europarat zurück, das ihm im April 2000 wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen entzogen worden ist. Die Forderungen der Menschenrechtskommission vom Vorjahr, z.B. Sonderberichterstatte zuzulassen, bleiben weiter unerfüllt. Das 1998 wegen Gefährdung der Mitarbeiter geschlossene OSZE-Büro in Tschetschenien wird wieder eröffnet.

Trotz wiederholter Ankündigung eines Truppenteilabzugs aus der Republik, bleibt die militärische Präsenz Russlands in Tschetschenien nahezu unverändert. Derzeit sind mindestens 60.000 russische Soldaten in der Kaukasusrepublik stationiert. Ihnen stehen ca. 2000 separatistische Kämpfer gegenüber.

Nach den Terroranschlägen vom 11.9. in den USA erhält Präsident Wladimir Putin im Ausland zunehmend Verständnis für den Krieg in Tschetschenien. Die Kaukasusrebellensollen u.a. in afghanischen Lagern ausgebildet und von der Terrororganisation Al-Kaida finanziell unterstützt werden. Im November bietet Russland zum ersten Mal seit Beginn des Krieges Friedensverhandlungen an, nachdem Gespräche mit dem gemäßigten Rebellenführer Aslan Maschadow bisher abgelehnt wurden. *ab*

Slowakei

| | | |
|---|----------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1993 |
| Konfliktparteien: Regierung vs. ungarische Minderheit | | |
| Konfliktgegenstand: ethnische, regionale Autonomie | | |

Im März droht die Ungarische Koalition (SMK), die Regierungskoalition mit den Linksliberalen und den Christdemokraten zu verlassen, da die Verhandlungen über eine Verwaltungsreform ergebnislos bleiben. Die SMK fordert, einen der neu zu errichtenden Selbstverwaltungsbezirke in der Südslowakei so anzulegen, dass die ungarischstämmigen Slowaken dort die Mehrheit haben. Auf dem Parteitag im August setzt der Republikrat der SMK den anderen Koalitionspartnern ein Ultimatum, bis Ende September einer Neufassung der Verwaltung zuzustimmen, die die ungarische Minderheit angemessen berücksichtigt, andernfalls werde die SMK die Regierung verlassen. *ab*

Spanien - Großbritannien

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1964 |
| Konfliktparteien: Spanien vs. Großbritannien | | |
| Konfliktgegenstand: Territorium (Gibraltar) | | |

Im Konflikt zwischen Spanien und Großbritannien um die britische Kronkolonie Gibraltar zeichnet sich eine deutliche Entspannung ab. Nach der Beilegung des Streits um die Reparatur des britischen Atom-U-Bootes Tireless an der Küste Gibraltars nehmen beide Regierungen die seit drei Jahren ruhenden Gespräche über die Zukunft der Kolonie im Juli wieder auf. Der spanische Außenminister Josep Piqué und sein britischer Kollege Jack Straw einigen sich am 20.11. in Barcelona darauf, innerhalb der kommenden sechs Monate eine Lösung für den Konflikt zu finden.

Unklarheiten bestehen noch darüber, ob der Regierung Gibraltars bei den Gesprächen ein Veto eingeräumt wird. *sk*

Spanien (Baskenland)

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1960 |
| Konfliktparteien: ETA, Herri Batasuna (seit Juni 2001 nur noch Batasuna) vs. Regierung | | |
| Konfliktgegenstand: Sezession | | |

Im Konflikt um die Souveränität des Baskenlandes zwischen der Terrororganisation Baskenland und Freiheit (ETA) und der spanischen Regierung setzt die ETA ihren landesweiten Terror fort. Seit Dezember 2000 werden 17 Menschen durch Attentate der ETA getötet, unter ihnen 6 Sicherheitsbeamte sowie Politiker der in Madrid regierenden Volkspartei (PP) und der sozialistischen Oppositionspartei PSOE. Die spanische Bevölkerung demonstriert gegen den ETA-Terror. Als Sieger geht bei den vorgezogenen Neuwahlen zum baskischen Parlament die gemäßigte Baskische Nationalpartei (PNV) in einer Listenverbindung mit der sozialdemokratischen Eusko Alkartasuna (EA) mit 42,7 % hervor. Die radikale, der ETA nahestehende Partei Herri Batasuna (HB) verliert die Hälfte ihrer 14 Mandate. Sie löst sich daraufhin am 23.6. auf und geht in der Neugründung Batasuna (Einheit) auf, die auch französisch-baskische Separatisten einschließt. Der spanischen und französischen Polizei gelingt es auch dieses Jahr wieder, führende ETA-Mitglieder festzunehmen, Terrorkommandos zu zerschlagen und Attentatspläne aufzudecken. *sk*

Türkei - Griechenland

| | | |
|---|----------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1973 |
| Konfliktparteien: Türkei vs. Griechenland | | |
| Konfliktgegenstand: Territorium; Ressourcen | | |

Der Ägäis-Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei um Territorium, Seegrenzen und Ressourcen hat sich in den letzten zwei Jahren entspannt. Die EU richtet eine Kommission ein, die Vorschläge zur Lösung des Konflikts erarbeiten soll. Die Außenminister beider Länder unterzeichnen insgesamt neun Abkommen, vor allem im Bereich Tourismus. Die zentralen Konfliktgegenstände werden jedoch nicht behandelt. Beide Länder wollen aber ihre Entspannungspolitik fortsetzen. *öy*

Zypern

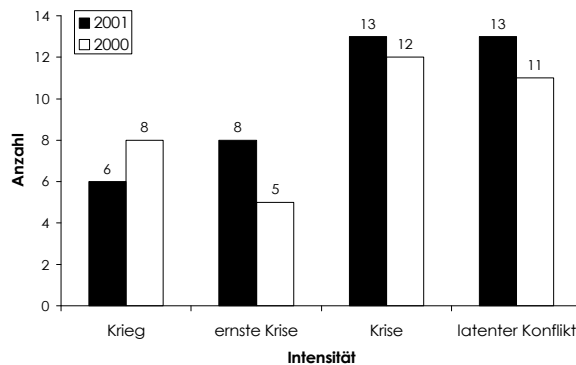
| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1963 |
| Konfliktparteien: Nordzypern vs. Republik Zypern | | |
| Konfliktgegenstand: Sezession | | |

Der Konflikt zwischen der Regierung des Nordteils der Insel und der Republik Zypern um die türkische Besetzung des Nordens und dessen Abspaltung besteht weiter. Das Treffen am 28.8. zwischen UNO-Generalsekretär Kofi Annan und dem nordzyprischen Präsidenten Rauf Denktasch führt zu keinen Ergebnissen. Erstmals seit vier Jahren treffen sich Denktasch und der Präsident der Republik Zypern Glafkos Klerides zu direkten Gesprächen am 4.12. in Nikosia. Diese sollen erneut unter Vermittlung des UNO-Sonderbeauftragten Alvaro de Soto stattfinden. *öt*

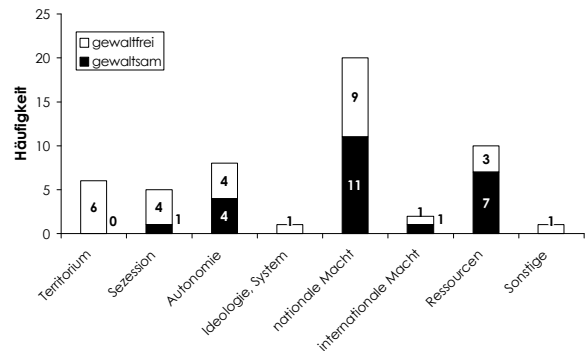
Afrika

Afrika bleibt wie im Vorjahr der Kontinent mit den meisten gewaltsamen Konflikten. Die Konfliktherde der Gewalt konzentrieren sich auf innerstaatliche Auseinandersetzungen in Westafrika und das Gebiet um die Großen Seen. Am deutlichsten deeskaliert der Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea, einer der wenigen zwischenstaatlichen Konflikte. Die These der Privatisierung der Gewalt scheint zumindest in Afrika bestätigt zu werden, da Ressourcen (z.B. Diamanten und wirtschaftlicher Einfluss) in zunehmendem Maße zum Gegenstand werden. Das allgemeine Gewaltniveau, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat, ist in Afrika aus globaler Sicht sehr hoch. Eine effektive multilaterale Organisation zur Konfliktbearbeitung existiert nicht. Regionale Führungsmächte (z.B. Nigeria, Südafrika, Libyen) füllen dieses Vakuum.

Konfliktintensitäten Afrika 2001 - 2000



Häufigkeit der Konfliktgegenstände nach Gewalteintritt Afrika



Angola (Cabinda)

Intensität: 2 Veränderung: ↗ Beginn: 1982
 Konfliktparteien: FLEC/FAC, FLEC Renovada vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Im Sezessionskonflikt um die angolische Exklave Cabinda geraten die Rebellen der "Befreiungsfront für die Enklave Cabinda" (FLEC) in Bedrängnis, nachdem die angolische Regierung ihre Zusammenarbeit mit den Regierungen von Kongo-Brazaville und der DR Kongo, den ehemaligen Unterstützern der FLEC, intensiviert hat. Am 28.3. beginnt das angolische Militär eine Aktion zur Befreiung von zehn Geiseln, die sich in der Gewalt der FLEC befinden. Die letzten Geiseln werden am 23.5. freigelassen. *cs*

Angola (UNITA)

Intensität: 4 Veränderung: • Beginn: 1992
 Konfliktparteien: UNITA vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht, Ressourcen

Der Bürgerkrieg zwischen der Regierung Angolas und den Rebellen der Nationalen Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) dauert an. Die von der UNO gegen die UNITA erlassenen Embargos zeigen Wirkung. Am 14.8. setzt die Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC) außerdem ein Komitee ein, das die Einhaltung der Sanktionen überwachen soll, und errichtet ein Radarsystem zur Erfassung illegaler grenzüberschreitender Flüge. Mitte Juli intensivieren sich die Kämpfe im Hochland Angolas. Ab September sind schwere militärische Auseinandersetzungen in ganz Angola, vor allem in den östlichen Provinzen, zu beobachten. Die Regierungsarmee beginnt im Oktober eine Offensive, um vor Beginn der Regenzeit ihre militärische Position gegenüber der UNITA auszubauen, die sich durch Einkünfte aus Bodenschätzen finanziert. Neue Friedensbemühungen gesellschaftlicher und kirchlicher Gruppen bündelt das 2000 ge-

gründete Comité Inter-Eclesial para a Paz em Angola (COIEPA) unter dem Vorsitz von Daniel Ntoni-Nzinga. Direkte Gespräche zwischen dem Führer der UNITA Jonas Savimbi und dem angolischen Präsidenten José Eduardo dos Santos sind nicht absehbar. *cs*

Äthiopien (Ogaden)

Intensität: 2 Veränderung: ↘ Beginn: 1992
 Konfliktparteien: OLF, Rebellen Gruppen vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Ethnische, regionale Autonomie

Der Autonomiekonflikt zwischen der äthiopischen Regierung und der Oromo Befreiungsfront (OLF) sowie weiteren Rebellen Gruppen dauert an. Besonders in Südäthiopien, nahe der kenianischen Grenze kommt es zu Rebellenaktivitäten und zu kleineren Gefechten. Im Januar werden zehn Kenianer von äthiopischem Militär erschossen. Parlamentssprecherin Almaz sucht im August Asyl in den USA, nachdem sie wegen ihrer Kritik an der äthiopischen Politik gegenüber den Oromos bedroht worden ist. *ta*

Burundi (Hutu)

Intensität: 4 Veränderung: • Beginn: 1993
 Konfliktparteien: Rebellen Gruppen (Hutu) vs. Regierung (Tutsi)
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der Bürgerkrieg zwischen der Tutsi-dominierten Regierung Burundis und den Hutu-Rebellen geht unvermindert weiter. Hunderte von Menschen werden getötet, Hunderttausende sind auf der Flucht. Der ehemalige südafrikanische Staatspräsident Nelson Mandela versucht in Verhandlungen den Konflikt zu entschärfen. Im Februar findet eine Konferenz von elf führenden afrikanischen Staatsoberhäuptern statt. Im April scheitert ein Putschversuch gegen Staatschef Buyoya. Die im Waffenstillstand von Arusha vereinbarte Übergangsregierung konnte noch nicht eingesetzt werden, da es

Uneinigkeit über deren Führung gibt. Mandela schlägt im Juli vor, dass Buyoya für 18 Monate die Führung einer Übergangsregierung übernehmen solle. Danach solle das Amt an den Hutu Domitien Ndayizeye übergehen. Dieser Vorschlag wird von der UNO unterstützt. Ein erneuter Putschversuch scheitert im Juli und im Oktober verlangen oppositionelle Gruppen die Bildung der Übergangsregierung aufzuschieben.

ps

Dschibuti (FRUD)

| | | |
|-------------------------------------|--------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: Ende | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: | FRUD vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: Nationale Macht | | |

Am 12.5. unterzeichnen Innenminister Abdallah Abdallah Miguel und der Führer der Rebellenorganisation Front zur Wiederherstellung der Einheit und der Demokratie (FRUD) Ahmed Dini einen Friedensvertrag. Inhalt dieses Vertrages sind Dezentralisierungsmaßnahmen und die Einführung eines Mehrparteiensystems. Im Juni werden die abgegebenen Rebellenwaffen vernichtet und ehemalige Rebellen in die Regierung aufgenommen.

ta

Elfenbeinküste (RDR)

| | | |
|-------------------------------------|-------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 2000 |
| Konfliktparteien: | RDR vs. FPI, PDCI | |
| Konfliktgegenstand: Nationale Macht | | |

Die oppositionelle Republikanische Sammelbewegung (RDR) und die regierende Volksfront (FPI), die von der Demokratischen Partei (PDCI) unterstützt wird, ringen weiter um die Macht. In Abidjan unternehmen am 7.1. rund 1.000 Soldaten, darunter auch ausländische Söldner, einen Putschversuch. Die Kämpfe fordern 15 Todesopfer. Die FPI beschuldigt den RDR, den Putsch angestiftet zu haben. Aus den Parlamentswahlen vom 10.12.2000 geht am 25.1. eine Mehrparteien-Regierung (FPI, PDCI u.a.) hervor. Am 10.10. nimmt das Nationale Aussöhnungsforum, bestehend aus Vertretern der drei Parteien und anderer gesellschaftlicher Gruppen, seine Arbeit auf.

gs

Eritrea - Äthiopien

| | | |
|---|-----------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: ↓ | Beginn: 1998 |
| Konfliktparteien: | Eritrea vs. Äthiopien | |
| Konfliktgegenstand: Territorium, Grenze | | |

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages am 12.12.2000 entschärft sich der Grenzkonflikt zwischen Eritrea und Äthiopien. Allerdings bleiben die Beziehungen gespannt. Der genaue Verlauf der im Friedensvertrag vereinbarten und von der UNO-Mission UNMEE überwachten Sicherheitszone bleibt umstritten. Dort kommt es zu kleineren Zwischenfällen. Eine in Den Haag eingerichtete unabhängige Grenzkommission soll den Grenzverlauf festlegen.

ta

Guinea (UDFG)

| | | |
|---|-------------------------|--------------|
| Intensität: 4 | Veränderung: • | Beginn: 1999 |
| Konfliktparteien: | UDFG, RUF vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: Nationale Macht, Ressourcen | | |

Bis in den März liefert sich die Armee Kämpfe mit der Revolutionären Vereinigten Front (RUF). Mindestens 100 Menschen werden getötet und etwa 100.000 sind auf der Flucht. Anfang Februar erobert die Armee die Stadt Gueckedou zurück, wobei sie mehr als 350 RUF-

Rebellen tötet. Im März beginnt die Armee mit Angriffen auf die von der RUF kontrollierten Diamantenminen in Sierra Leone. Die guineische Armee wird von den Kamajor-Milizen unterstützt. Die Regierung Sierra Leones, die ebenfalls gegen die RUF kämpft, duldet das guineische Vorgehen. Die RUF verlagert ihre Operationen zunehmend nach Liberia.

mw

Guinea-Bissau (MFDC)

| | | |
|-------------------------------------|--------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1998 |
| Konfliktparteien: | MFDC vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: Nationale Macht | | |

Nach dem Bürgerkrieg in Guinea-Bissau verfestigt sich der Friedensprozess. Das UNHCR siedelt tausende von Flüchtlingen wieder an, die friedensbildende UNO-Mission UNOGBIS wird bis 31.12.2002 verlängert. Per Dekret von Präsident Kumba Yala vorgenommene Um- und Neubesetzungen in Militär, Verwaltung und Justiz sorgen für Spannungen mit politischen Gegnern und der Armeeführung. Infolge dessen kommen Putschgerüchte auf. Am 14.2. töten Polizisten zwölf Menschen bei einer Demonstration.

pb

Kenia

| | | |
|---|--|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: | Vverschiedene ethnische Gruppen vs. Regierung; ethnische Gruppen untereinander | |
| Konfliktgegenstand: Nationale Macht, Ressourcen | | |

In Kenia bleibt die Situation zwischen vielen ethnischen Gruppen sowie diesen und der kenianischen Regierung angespannt. Primärer Grund für die Auseinandersetzungen sind knappe Ressourcen wie Wasser und Weideland. Dabei sind die ethnischen Konflikte durch wiederholte Grenzüberschreitungen in Richtung Äthiopien, Sudan und Somalia gekennzeichnet. Der kenianischen Regierung unter Präsident Daniel Arap Moi gelingt es nicht, die Lage zu kontrollieren.

mb

Komoren (Anjouan)

| | | |
|-------------------------------|--|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1997 |
| Konfliktparteien: | Separatisten auf der Insel Anjouan vs. Regierung der Komoren in Moroni | |
| Konfliktgegenstand: Sezession | | |

Auf den Komoren geht der Annäherungsprozess zwischen den Inseln Grande Comore, Moheli und Anjouan weiter. Im Februar erreichen die Konfliktparteien ein Abkommen über die Bildung einer Übergangsregierung mit dem Machthaber der Hauptinsel Assoumani Adzali an der Spitze. Die staatliche Integrität soll bei weitgehenden Souveränitätsrechten der einzelnen Inseln gewahrt bleiben. Im August gelangt Mohamed Bacar auf der nach Separation strebenden Insel Anjouan durch einen Putsch an die Macht. Ein erneuter Putsch im September scheitert.

ps

Kongo (RCD)

| | | |
|---|---|--------------|
| Intensität: 4 | Veränderung: • | Beginn: 1998 |
| Konfliktparteien: | Uganda, Ruanda, RCD, RCD-ML, RCD-Goma, RCD-N, MLC, Hema, Lendu vs. Regierung Kongo, Angola, Namibia, Simbabwe, Mayi-Mayi, Interahamwe | |
| Konfliktgegenstand: Nationale Macht, internationale Macht, Ressourcen | | |

Am 16.1. wird der kongolesische Präsident Laurent-Desiré Kabila von seiner Leibwache getötet. Nach-

Übersicht: Konflikte in Afrika 2001

| Konfliktname ¹ | Direkt Beteiligte ² | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ³ | Int. ⁴ |
|--|--|--|--------|-------------------|-------------------|
| Angola - Sambia * | Angola vs. Sambia | Sonstige (Grenzverletzungen) | 2000 | • | 2 |
| Angola (Cabinda) | FLEC/FAC, FLEC Renovada vs. Regierung | Sezession | 1982 | ↗ | 2 |
| Angola (UNITA) | UNITA vs. Regierung | Nationale Macht, Ressourcen | 1992 | • | 4 |
| Äthiopien (Ogaden) | OLF, Rebellengruppen vs. Regierung | Ethnische, regionale Autonomie | 1992 | ↘ | 2 |
| Burundi (Hutu) | Hutu-Rebellengruppen (PALIPHEUHUTU-FNL, CNDD-FDD) vs. Regierung (Tutsi) | Nationale Macht | 1993 | • | 4 |
| Dschibuti (FRUD) | FRUD vs. Regierung | Nationale Macht | 1991 | • Ende | 1 |
| Elfenbeinküste (RDR) | RDR vs. Regierung (FPI), PDCI | Nationale Macht | 2000 | • | 2 |
| Eritrea - Äthiopien | Eritrea vs. Äthiopien | Territorium, Grenze | 1998 | ↘ | 2 |
| Guinea (UDFG) | DFG, RUF (aus Sierra Leone) vs. Regierung, Kamajormilizen (aus Sierra Leone) | Nationale Macht, Ressourcen | 1999 | • | 4 |
| Guinea-Bissau (MFDC) | MFDC vs. Regierung | Nationale Macht | 1998 | • | 2 |
| Kenia | verschiedene ethnische Gruppen vs. Regierung; ethnische Gruppen untereinander | Nationale Macht, Ressourcen | 1991 | • | 1 |
| Komoren (Anjouan) | Separatisten auf der Insel Anjouan vs. Regierung auf Moroni | Sezession | 1997 | • | 2 |
| Kongo (RCD) | Uganda, Ruanda, RCD, RCD-ML, RCD-Goma, RCD-N, MLC, Hema, Lendu vs. Regierung Kongo, Angola, Namibia, Simbabwe, Mayi-Mayi, Interahamwe (Hutu) | Nationale Macht, regionale Macht, Ressourcen | 1998 | • | 4 |
| Kongo-Brazzaville * | Oppositionsparteien, Milizen vs. Regierung | Nationale Macht | 1997 | • | 2 |
| Lesotho (BNP) * | BNP vs. Regierung | Nationale Macht (Demokratisierung) | 1998 | • | 1 |
| Liberia (LURD) | LURD vs. Regierung | Nationale Macht, Ressourcen | 1997 | • | 4 |
| Mali (Tuareg) * | Tuareg Nomaden vs. Regierung | Ethnische Autonomie | 1990 | • | 1 |
| Mauretanien - Senegal * | Senegal vs. Mauretanien | Ressourcen | 2000 | ↘ | 1 |
| Namibia - Botswana * | Botswana vs. Namibia | Territorium, Grenze (Situngu-Inseln) | 1997 | • | 1 |
| Namibia (Caprivi-Streifen) | CLA vs. Regierung | Sezession (Caprivi-Streifen) | 1998 | ↘ | 1 |
| Niger - Benin | Niger vs. Benin | Territorium (Grenze) | 2001 | neu | 1 |
| Nigeria | Verschiedene Stämme vs. Regierung; Christen vs. Muslime | Religiöse und regionale Autonomie, Ressourcen | 1993 | • | 3 |
| Nigeria - Äquatorialguinea - Kamerun * | Nigeria vs. Äquatorialguinea vs. Kamerun | Territorium, Grenze (Seegrenze im Golf von Guinea) | 1999 | • | 1 |
| Nigeria - Kamerun * | Nigeria vs. Kamerun | Territorium (Bakassi-Halbinsel) | 1993 | • | 1 |
| Ruanda - Uganda | Ruanda vs. Uganda | Regionale Macht, Ressourcen | 2000 | neu | 2 |
| Ruanda (Hutu) | AFDRL (Hutu) vs. Regierung (Tutsi) | Ethnische Autonomie, nationale Macht | 1994 | • | 3 |
| Senegal (Casamance) | MFDC vs. Regierung | Regionale, ethnische Autonomie | 1982 | ↗ | 3 |
| Sierra Leone (RUF) | RUF vs. Regierung, Kamajormilizen, CDF | Nationale Macht, Ressourcen | 1991 | ↘ | 3 |
| Simbabwe (ZANU-PF) | Oppositionsparteien (MDC, NCA, CFU) vs. Regierung (ZANU-PF) | Nationale Macht | 2000 | • | 2 |
| Somalia (Somaliland) | Regierung Somaliland vs. Regierung Somalia (Übergangsregierung, Puntland, regionale Warlords, u.a.) | Sezession (Somaliland) | 1991 | ↗ | 2 |
| Somalia (SRRC) | SRRC (Koalition aus RRA, Aidid, Puntland) vs. Regierung Somalia (Übergangsregierung TNG) | Nationale Macht | 1988 | ↗ | 3 |
| Südafrika - Namibia | Südafrika vs. Namibia | Territorium (Grenze) | 2000 | neu | 1 |
| Südafrika (KwaZulu/Natal) | IFP vs. ANC | Nationale Macht (KwaZulu Natal) | 1999 | • Ende | 1 |
| Sudan (SPLA) | SPLA-Rebellen unter John Garang, NDA, PNC vs. Regierung | Sezession, Ressourcen im Südsudan, religiöse Vorherrschaft | 1989 | • | 4 |
| Swasiland | Demokratie-Bewegung, SFTU vs. Regierung | Nationale Macht, System | 2001 | neu | 2 |
| Tansania (Sansibar) * | CUF und andere Oppositionsparteien vs. Regierung Tansania (CMM) | Regionale Autonomie (Sansibar) | 1993 | • | 2 |
| Tschad (südliche Provinzen) * | CSNPD vs. Regierung | Autonomie | 1992 | ↘ | 1 |
| Tschad (MDJT) | MDJT, CMAP vs. Regierung | Nationale Macht | 1998 | • | 3 |
| Uganda (LRA) | LRA, ADF vs. Regierung | Nationale Macht | 1992 | • | 3 |
| Zentralafrikanische Republik | Opposition vs. Regierung, | Nationale Macht | 1997 | ↗ | 3 |

1) 2) 3) 4) siehe Seite 11: Übersicht: Konflikte in Europa 2001

folger ist sein Sohn Joseph Kabila, der zum Zeitpunkt der Ermordung Sicherheitschef war. Zu Beginn des Jahres gehen die Kämpfe weiter. Auf der Seite der kongolesischen Regierung kämpfen Angola, Simbabwe und Namibia gegen die kongolesischen Rebellen. Diese teilen sich in mehrere Gruppen auf, die sich auch weiterhin untereinander bekämpfen, wie Flügel der Sammelbewegung für Demokratie (RCD, RCD-Goma, RCD-ML) und der Befreiungsbewegung (MLC). Zugleich kämpft die ruandische Tutsi-Armee im Ost-Kongo gegen die ruandischen und burundischen Hutu-Rebellen (Interahamwe) und die burundischen Kräfte für die Verteidigung der Demokratie (FDD). Die ugandischen Streitkräfte kämpfen dort gegen die Mayi-Mayi-Milizen. Entgegen dem Lusaka-Friedensabkommen von 1999 ziehen sich Uganda und Ruanda nicht vollständig aus dem Kongo zurück. Diese Milizen stellen das größte Hindernis im von der UNO-Mission MONUC begleiteten Friedensprozess dar, da sie nicht in das Friedensabkommen eingebunden sind. Nach schweren Kämpfen im Osten kommt der Rückzugs- und Demilitarisierungsprozess voran. Am 1.8. treten die Mayi-Mayi ebenfalls dem Lusaka-Abkommen bei. Vermittlungsversuche von Südafrikas Präsident Thabo Mbeki und UNO-Generalsekretär Kofi Annan scheitern. Am 19.9. werden 6.000 Interahamwe-Kämpfer vom Kongo an Ruanda ausgeliefert. Die UNO weitet ab dem 25.10. ihre Aktivitäten auf die östlichen Provinzen aus. Präsident Joseph Kabila bricht am 23.10. Verhandlungen mit allen großen Rebellengruppen in Addis Abeba ab. Der Friedensprozess kommt nach einem Treffen Kabilas mit US-Außenminister Colin Powell am 2.11., einem Teilrückzug Angolas am 14.11. und dem Voranschreiten der UNO-Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung (DDRRR) voran. *pb*

Liberia (LURD)

| | | |
|---|----------------|--------------|
| Intensität: 4 | Veränderung: • | Beginn: 1997 |
| Konfliktparteien: LURD vs. Regierung | | |
| Konfliktgegenstand: Nationale Macht, Ressourcen | | |

In den Bundesstaaten Lofa und Bong im Norden Liberias kämpft die Armee gegen die Rebellen der Vereinigten Liberianer für Versöhnung und Demokratie (LURD). Unterstützt werden die Rebellen durch die Armee Guineas und die mit Guinea verbündeten "Kamajor-Milizen" aus Sierra Leone. Nach einer Provokation des guineischen Armeechefs, Oberst Kerfalla Camora, erfolgt die Generalmobilisierung der Armee Liberias. Nach gegenseitigen Drohungen zieht Guinea seinen Botschafter ab. Die westafrikanische Regionalorganisation ECOWAS und die Mano River Union (MRU) werden zur Vermittlung angerufen. Die Regierung widersetzt sich den Sanktionen der UNO, worauf diese am 7.3. ein weiteres Waffenembargo verhängt. Am 9.3. erobert die LURD die Stadt Nongera. Liberia bricht die diplomatischen Beziehungen zu Sierra Leone und Guinea ab. Die Rebellen und ihre Verbündeten kontrollieren fünf der sechs Regierungsbezirke in Lofa. *mw*

Namibia (Caprivi-Streifen)

| | | |
|-------------------------------------|----------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: ↘ | Beginn: 1998 |
| Konfliktparteien: CLA vs. Regierung | | |
| Konfliktgegenstand: Sezession | | |

Die Caprivi Befreiungsarmee (CLA) fordert ein unabhängiges Caprivi. Mutmaßliche CLA-Anhänger, die am 1./2.8.99 die Provinzhauptstadt Katima Mulilo überfallen haben sollen, werden festgenommen. Die seit 2000 laufenden Gerichtsverhandlungen gegen CLA-Anhänger und Soldaten werden vom 9.4 bis 22.8. fortgesetzt und auf Februar 2002 vertagt. *gs*

Niger - Benin

| | | |
|---|------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: neu | Beginn: 2001 |
| Konfliktparteien: Niger vs. Benin | | |
| Konfliktgegenstand: Territorium, Grenze | | |

Im Februar beruft die Regierung des Niger ein Ad-Hoc-Komitee ein, das sich mit der umstrittenen Grenzziehung zu Benin befasst und eine Klage vor dem IGH in Den Haag vorbereitet. Dieser soll über den Grenzverlauf bei den Lete-Inseln im Niger entscheiden. Die Hoheitsrechte über diese Inseln sind seit der Unabhängigkeit beider Staaten unklar. *mw*

Nigeria

| | | |
|---|----------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1993 |
| Konfliktparteien: Verschiedene Stämme vs. Regierung; Christen vs. Muslime | | |
| Konfliktgegenstand: Ressourcen, regionale, religiöse Autonomie | | |

Die Anzahl der gewaltsamen ethnischen Auseinandersetzungen in Nigeria nimmt zu. Im Niger-Delta dauert der Konflikt um die Beteiligung verschiedener Stämme an den Gewinnen aus der Ölförderung an. Die Regierung versucht wie schon im letzten Jahr, die Unruhen, bei denen 30 Menschen sterben, durch Polizei- und Armeeeinsätze zu beenden. Landesweite Kämpfe verschiedener Stämme fordern zahlreiche Menschenleben und zwingen 75.000 zur Flucht. Die Regierung setzt die Armee ein und installiert ein Frühwarnsystem zur Erkennung ethnischer Konflikte. Der Konflikt zwischen Christen und Muslimen war bereits 2000 durch die widerrechtliche Einführung der Scharia in verschiedenen nördlichen Bundesstaaten eskaliert. Nachdem weitere Regionalregierungen die Scharia anwenden, werden bei verschiedenen Ausschreitungen mehrere tausend Menschen getötet. *mw*

Ruanda - Uganda

| | | |
|---|------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: neu | Beginn: 2000 |
| Konfliktparteien: Ruanda vs. Uganda | | |
| Konfliktgegenstand: Ressourcen, regionale Macht | | |

Nach mehrmonatigen Gefechten in der ost-kongolesischen Stadt Kisangani zwischen Regierungstruppen beider Länder vereinbaren die Präsidenten Ugandas, Joweri Museveni, und Ruandas, Paul Kagame, am 8.12.2000 eine Feuerpause. Die Kämpfe gehen dennoch weiter und fordern 600 Todesopfer und 3.000 Verletzte. Der Konflikt verschärft sich, als die Regierungen sich gegenseitig die Unterstützung oppositioneller Kräfte vorwerfen. Die Vermittlungsversuche des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Nelson Mandela, des botswanischen Präsidenten Festus G. Mogae und des britischen Premierministers Tony Blair

scheitern. Im August stationieren beide Länder insgesamt 5.000 Soldaten an der gemeinsamen Grenze. *nn*

Ruanda (Hutu)

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1994 |
| Konfliktparteien: AFDRL (Hutu) vs. Regierung (Tutsi) | | |
| Konfliktgegenstand: Ethnische Autonomie, nationale Macht | | |

Im Nordwesten des Landes greifen bewaffnete Hutu-Milizen (Interahamwe) die Regierungsarmee an. Hauptsächlich ist die Zivilbevölkerung betroffen. Mit Hilfe der UNO entwaffnen die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas (AFDRL) 3.000 mutmaßliche Kriegsverbrecher in den eigenen Reihen und liefert sie an die UNO-Vertretung in Kamina (Kongo) aus. Die AFDRL hat sich Anfang August 2000 im Kongo gegründet und bekämpft seitdem die ruandische Armee im Norden des Landes. Der Oberbefehlshaber der ruandischen Armee, Paul Kagame (Tutsi), lässt am 1.6. den gemäßigten ehemaligen Präsidenten, Pasteur Bizimungu (Hutu), festnehmen. Damit befindet sich kein Angehöriger der Hutu-Mehrheit mehr in der Regierungsverantwortung. Die Regierung in Kigali organisiert Kommunalwahlen, die das Ende der Übergangszeit vorbereiten sollen. Das Internationale Tribunal in Arusha (ICTR) bemüht sich, den Genozid-Prozess von 1994 zu Ende zu bringen. *nn*

Senegal (Casamance)

| | | |
|---|----------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: ↗ | Beginn: 1982 |
| Konfliktparteien: MFDC vs. Senegal, | | |
| Konfliktgegenstand: ethnische, religiöse, regionale Autonomie | | |

Der Druck der Streitkräfte von Senegal und Guinea-Bissau auf die Rebellen der Bewegung der demokratischen Kräfte von Casamance (MFDC), die für die Autonomie der Casamance-Region kämpfen, wird zu Beginn des Jahres erhöht. Guinea-Bissau startet am 15.1. eine Offensive gegen Rückzugsbasen der MFDC im eigenen Land. Daneben liefern sich die Rebellen auch Gefechte mit der senegalesischen Armee. Am 16. und 23.3. unterzeichnen der senegalesische Innenminister und Teile der MFDC Waffenstillstandsabkommen. Es nehmen nicht alle Fraktionen der MFDC an den Verhandlungen teil. In den Abkommen wird der Status der Casamance nicht behandelt. Der gambische Präsident Yahya Jammeh bemüht sich am 23.4. um Vermittlung zwischen Vertretern der einzelnen MFDC-Flügel. Nach erneuten Kämpfen zwischen Rebellen und Regierung Ende Juni, findet am 14.8. eine Versammlung aller Anführer der MFDC statt, in deren Verlauf gemeinsame Forderungen formuliert werden. *pb*

Sierra Leone (RUF)

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: ↘ | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: RUF vs. Regierung, Kamajormilizen, CDF | | |
| Konfliktgegenstand: Nationale Macht, Ressourcen | | |

Die fortdauernde Anwesenheit britischer Soldaten unterstützt die Armee Sierra Leones im Kampf gegen die Vereinigte Revolutionäre Front (RUF). Die Aufstockung des Kontingents der UNO-Mission UNAMSIL auf 17.500 Soldaten und die häufigen Treffen zwischen deren Kommandeur Daniel Opatunde und dem Führer der RUF Issa Sesay fördern den Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsprozess. Bis November haben rund 11.000 RUF-Rebellen und 20.000 Mitglieder der regierungsnahen Zivilen Verteidigungskräfte

(CDF) ihre Waffen abgegeben. Die Armee Sierra Leones liefert sich vereinzelt Kämpfe mit aus Guinea und Liberia zurückkehrenden Rebellen. *mw*

Simbabwe (ZANU-PF)

| | | |
|---|----------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 2000 |
| Konfliktparteien: MDC, NCA, CFU vs. Regierung (ZANU-PF) | | |

Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Die Streitigkeiten zwischen der Regierungspartei ZANU-PF von Präsident Robert Mugabe und Anhängern der oppositionellen Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) halten weiter an. Im Zusammenhang mit der angestrebten Bodenreform besetzen Kriegsveteranen die Ländereien weißer Farmer. Gerichte beklagen, sie seien nicht frei von Versuchen der Einflussnahme durch die Regierung. Im März unterbreiten von der Bodenreform betroffene Farmer ein Angebot, 1 Mio. ha Land an landlose Schwarze abzutreten. Dieses Angebot wird zunächst abgelehnt. Im April kündigt die Nationale Konstitutionelle Versammlung (NCA) einen Generalstreik an, falls die Regierung weiterhin gegen Menschenrechte verstößt. Die EU, Großbritannien, Kanada und Commonwealth-Staaten drohen mit Sanktionen gegen die Regierung. Im September wird in der nigerianischen Hauptstadt Abuja ein Abkommen unterzeichnet, welches die Landübergabe an Schwarze regeln soll. *ps*

Somalia (Somaliland)

| | | |
|---|----------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: ↗ | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: Regierung (Somaliland) vs. Somalia (Übergangsregierung, Puntland, Warlords) | | |

Konfliktgegenstand: Sezession

In Somaliland, das 1991 einseitig seine Unabhängigkeit von Somalia erklärt hatte, findet am 31.5. ein Verfassungsreferendum statt. 98 % der Bevölkerung stimmen dem Verfassungsentwurf und damit auch der Unabhängigkeit zu. Weder die somalische Übergangsregierung noch die oppositionellen somalischen Gruppen oder die internationale Gemeinschaft erkennen das Ergebnis an. In der benachbarten Region Puntland marschieren Truppen an der Grenze zu Somaliland auf. *cb*

Somalia (SRRC)

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: ↗ | Beginn: 1988 |
| Konfliktparteien: SRRC (Koalition aus RRA, Aidid, Puntland, u.a.) vs. Übergangsregierung (TNG) | | |

Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Im Konflikt um die Macht in Somalia nimmt die politisch motivierte Gewalt zu. Die im letzten Jahr aus der Friedenskonferenz in Dschibuti hervorgegangene Übergangsregierung unter Präsident Abdikassim Salad Hassan kann nur Teile des Landes kontrollieren. Dennoch wird sie international anerkannt. Die oppositionellen Warlords, darunter Hussein Mohammed Aidid und Vertreter der teilautonomen Region Puntland, gründen demgegenüber am 22.3. einen Somalischen Rat für Aussöhnung und Wiederaufbau (SRRC). Dieser dient ihnen als offizielles politisches Sprachrohr. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen erreichen im Mai und im August ihre Höhepunkte. Im Verlauf des

Jahres kommen bei Kämpfen mehr als 1.000 Menschen ums Leben, über 600.000 flüchten. *cb*

Südafrika - Namibia

| | | |
|---------------------|-----------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: neu | Beginn: 2000 |
| Konfliktparteien: | Südafrika vs. Namibia | |
| Konfliktgegenstand: | Territorium, Grenze | |

Südafrika fordert Ende 2000 von Namibia eine Revision des bis heute nicht-ratifizierten Vertrages von 1993, in dem der Grenzverlauf in der Mitte des Oranje-Flusses vorgesehen ist. Südafrika besteht auf einem Verlauf entlang des Nordufers. Namibia lehnt dies aufgrund wirtschaftlicher Interessen und der Wasserversorgung ab. *gs*

Südafrika (KwaZulu/Natal)

| | | |
|---------------------|-------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: Ende | Beginn: 1999 |
| Konfliktparteien: | IFP vs. ANC | |
| Konfliktgegenstand: | Nationale Macht | |

Am 5.12.2000 werden in der vom Machtkonflikt zwischen Afrikanischer Nationalkongress (ANC) und Inkatha Freiheitspartei (IFP) geprägten südafrikanischen Provinz KwaZulu/Natal Kommunalwahlen abgehalten. Diese finden ohne größere Zwischenfälle statt und das Ergebnis wird von allen Seiten anerkannt. *cb*

Sudan (SPLA)

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 4 | Veränderung: • | Beginn: 1989 |
| Konfliktparteien: | SPLA, NDA, PNC vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Sezession, Ressourcen, religiöse Autonomie | |

Der Bürgerkrieg im Sudan zwischen der islamischen Regierung und separatistischen Bewegungen im Süden des Landes hält unvermindert an. Im Januar lässt sich Staatschef Umar al-Bashir in seinem Amt bestätigen. Im Februar wird der ehemalige Parlamentspräsident Hasan al-Turabi verhaftet, da er ein Aussöhnungsabkommen mit der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA) unterzeichnet hat. Die Kämpfe zwischen den Konfliktparteien fordern mehrere tausend Menschenleben und zwingen Hunderttausende zur Flucht. Im Juni trifft sich Rebellenführer John Garang erstmals zu Gesprächen mit Präsident Umar al-Bashir. Im Juli unternehmen Libyen und Ägypten eine Friedensinitiative, die die Bildung einer Übergangsregierung vorschlägt. In den daraus resultierenden Gesprächen der Konfliktparteien bestehen die Rebellen erstmals nicht mehr kategorisch auf einer Abspaltung des südlichen Sudan. Die Kämpfe zwischen Armee und Guerilla dauern an. In Nairobi scheitern im September neuerliche Friedensgespräche. *ps*

Swasiland

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: neu | Beginn: 2001 |
| Konfliktparteien: | SFTU (Demokratiebewegung,) vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | System, nationale Macht | |

In Swasiland verstärkt sich seit Ende 2000 der Widerstand der Demokratiebewegung gegen den autoritären Regierungsstil des Königs Mswati III. Die Gewerkschaftsbewegung SFTU unterstützt den Protest. Nach landesweiten Streiks und Demonstrationen verhängt der König am 22.6. den Ausnahmezustand und widerruft diesen am 25.7. nach Protesten der Opposition und

ausländischer Menschenrechtsorganisationen. Die Restriktionen gegen die Opposition bestehen weiter. *cb*

Tschad (MDJT)

| | | |
|---------------------|--------------------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1998 |
| Konfliktparteien: | MDJT, CMAP vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Nationale Macht | |

Der Konflikt zwischen Präsident Idriss Déby und der Bewegung für Demokratie und Gerechtigkeit (MDJT) unter Youssouf Togoimi wird vorwiegend gewaltsam ausgetragen. Bei Gefechten in der von den Rebellen kontrollierten Tibesti-Region im Norden fallen bis zu 650 Kämpfer. Etwa 50.000 Bewohner flüchten. Präsident Déby wird am 20.5. wiedergewählt. Oppositionelle werfen ihm Wahlfälschung vor. *cb*

Uganda (LRA)

| | | |
|---------------------|------------------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1992 |
| Konfliktparteien: | LRA, ADF vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | nationale Macht | |

Die Armee Ugandas kämpft im nördlichen Grenzgebiet und auf sudanesischem Territorium gegen die christlich-fundamentalistische Widerstandsarmee Gottes (LRA). In dem Abkommen von 1999 zwischen Sudan und Uganda verpflichtet sich die sudanesischen Regierung, festgenommene LRA-Rebellen, die vom Sudan unterstützt werden, an Uganda auszuliefern. Außerdem kämpft die Armee im Westen des Landes und im Osten des Kongo gegen die Verbündeten Demokratischen Kräfte (ADF), eine weitere Rebellenbewegung. Das Lusaka-Abkommen vom Juli 1999 über den Kongo verlangt von der kongolesischen Regierung die Entwaffnung von ADF-Rebellen in ihren Rückzugsgebieten im Kongo. *nn*

Zentralafrikanische Republik

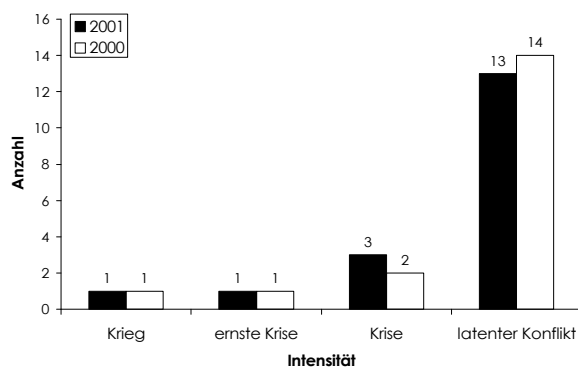
| | | |
|---------------------|---------------------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: ↑ | Beginn: 1997 |
| Konfliktparteien: | Opposition vs. Regierung, | |
| Konfliktgegenstand: | Nationale Macht | |

Am 28.5. unternimmt eine Armeeinheit, die Ex-Präsident Andre Kolingba loyal ist, einen Putschversuch. Mit der Unterstützung von libyschen Soldaten und der Befreiungsbewegung des Kongo (MLC) werden die Aufständischen aus der Hauptstadt vertrieben. Diese werden von Söldnern aus Ruanda und Angola unterstützt. Im Verlauf der Kämpfe sterben rund 300 Menschen und etwa 50.000 fliehen. Die UNO schickt als Sondergesandten den Senegalesen Lamine Cissé. Dieser unterstützt die friedensbildenden Maßnahmen des UNO-Büros BONUCA. Am 5.11. versuchen Regierungstruppen den ehemaligen Armeechef François Bozizé wegen angeblicher Verwicklung in die Kämpfe vom 28.5. festzunehmen. Libyen verstärkt seine Truppen. Vermittlungsversuche des tschadischen Botschafters Maitimo Njumbé, des Vize-Generalsekretärs der OAU, Mahamat Habib Doutoum, und Cissés bleiben erfolglos. Präsident Patasse bleibt Sieger in den Kämpfen. Ex-Armeechef Bozizé flieht, wie schon zuvor Ex-Präsident Kolingba. *pb*

Amerika

In der wiederum konfliktärmsten Region ist die Zahl der politischen Konflikte im Vergleich zum Vorjahr mit 18 gleichgeblieben. Der Konflikt um den Sturz des autoritären Regimes Fujimori in Peru konnte durch die Wahl des neuen Präsidenten Toledo beendet werden. Mit Ausnahme der beiden Gewaltkonflikte in Kolumbien zwischen der Regierung und den Guerillagruppen von FARC und ELN sowie der AUC, der Dachorganisation von Paramilitärs, werden alle Konflikte gänzlich oder überwiegend gewaltfrei ausgetragen. Bei der Mehrzahl der Konflikte handelt es sich um Grenzstreitigkeiten. Putsch oder Putschversuche fanden nicht statt.

Konfliktintensitäten Amerika 2001 - 2000



Argentinien - Großbritannien

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1982
 Konfliktparteien: Argentinien vs. Großbritannien
 Konfliktgegenstand: Territorium (Falkland-Inseln)

Der Konflikt um die Falkland-/ Malvinas-Inseln zwischen Argentinien und Großbritannien besteht weiter. Die Wiedereingliederung der 1833 von Großbritannien besetzten Inseln, die nur 1982 für die kurze Zeit des Falklandkrieges unter argentinischer Herrschaft standen, bleibt als nationale Aufgabe in der Verfassung Argentiniens festgeschrieben. Dennoch bemühen sich beide Seiten, die bilateralen Beziehungen zu verbessern. Großbritannien ist einer der wichtigsten Auslandsinvestoren in Argentinien. In diesem Jahr erleichtert Großbritannien argentinischen Staatsbürgern die Einreise auf das Archipel. Erstmals seit 19 Jahren dürfen auch argentinische Schiffe und Flugzeuge die Falkland-Inseln direkt ansteuern. Bei dem als "historisch" gewerteten Besuch des britischen Premierministers Tony Blair in Argentinien im August, wird der Konflikt um die Falkland-Inseln jedoch nicht thematisiert.

kh

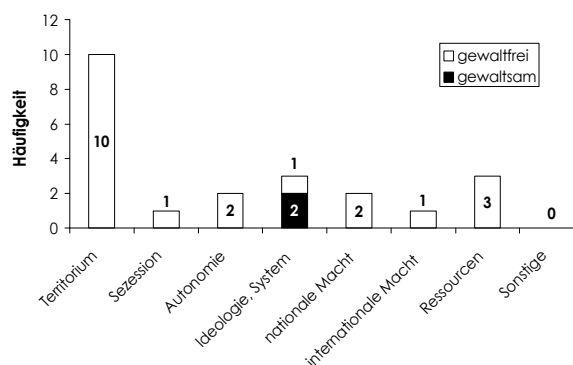
Bolivien - Chile

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1964
 Konfliktparteien: Bolivien vs. Chile
 Konfliktgegenstand: Territorium: Meereszugang Boliviens zum Pazifik

Der Konflikt mit Chile um einen Zugang Boliviens zum Pazifik dauert an. In seiner Ablehnung der bolivianischen Ansprüche beruft sich Chile auf die Verträge von 1884, in denen Bolivien nach dem verlorenen Krieg die Region um Tacna an Chile abgetreten und damit seinen Zugang zum Pazifik verloren hat. Die bilateralen Beziehungen verbessern sich, nachdem Chile im August 2000 Lösungsmöglichkeiten angeregt hat, nach denen Bolivien einen Zugang zum Meer erhalten könnte, ohne dass die chilenische Souveränität in Frage gestellt werden würde. Diese werden im laufenden Jahr nicht weiterverfolgt.

hs

Häufigkeit der Konfliktgegenstände nach Gewalteininsatz Amerika



Guatemala - Belize

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Guatemala vs. Belize
 Konfliktgegenstand: Territorium

Obgleich Guatemala das Nachbarland Belize, das 1981 unabhängig geworden ist, völkerrechtlich anerkannt hat, erhebt es weiter Ansprüche auf nahezu die Hälfte des Territoriums von Belize. Nach der Erschießung eines Guatemalteken an der Grenze wird der Konflikt 2000 wieder virulent. Unter Vermittlung der OAS entspannen sich die bilateralen Beziehungen jedoch wieder. Dank erhöhter Gesprächsbereitschaft einigen sich beide Seiten in diesem Jahr in Verhandlungen von 5. bis 7. Februar auf die Rückführung guatemaltekischer Bürger, die sich illegal auf dem Territorium von Belize niedergelassen haben.

hs

Guyana - Surinam

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 2000
 Konfliktparteien: Guyana vs. Surinam
 Konfliktgegenstand: Territorium; Ressourcen

Nachdem der Konflikt um Gebietsansprüche Guyanas auf Gebiete im Westen Surinams 2000 vorübergehend eskaliert ist, unternehmen beide Seiten in diesem Jahr keine nennenswerten Initiativen, weder zur Lösung noch zur Verschärfung des Konflikts. Ölfunde vor der Küste an der Mündung des Corantine-Flusses erhöhen jedoch das Eskalationspotential.

hs

Kanada (Quebec)

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1990
 Konfliktparteien: Quebec vs. Kanada
 Konfliktgegenstand: Sezession

Der Konflikt um die Abspaltung der frankophonen Provinz Quebec von Kanada dauert weiter an. Nachdem das letzte Referendum der Sezessionisten 1995 mit 49,5% nur ganz knapp gescheitert ist, zeigen die Umfragen in den vergangenen Jahren jedoch eine stetige Abnahme des Anteils der Sezessionsbefürworter. Daher betreibt die Provinzregierung eine aktive Einwanderungspolitik, um den Anteil frankophoner Bür-

Übersicht: Konflikte in Amerika 2001

| Konfliktname ¹ | Direkt Beteiligte ² | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ³ | Int. ⁴ |
|---------------------------|---|--|--------|-------------------|-------------------|
| Argentinien - Chile * | Argentinien vs. Chile | Territorium | 1945 | • | 1 |
| Argentinien - GB | Argentinien vs. Großbritannien | Territorium (Falkland-Inseln) | 1982 | • | 1 |
| Bolivien - Chile | Bolivien vs. Chile | Territorium (Meereszugang Boliviens zum Pazifik) | 1964 | • | 1 |
| Guatemala - Belize | Guatemala vs. Belize | Territorium (Gebietsansprüche Guatemalas) | 1991 | • | 1 |
| Guyana - Surinam | Guyana vs. Surinam | Territorium (Küstengewässer, Corantine-Fluss), Ressourcen | 2000 | • | 1 |
| Kanada - USA * | Kanada vs. USA | Territorium (Golf von Maine), Ressourcen (Lachsfangrechte) | 1996 | • | 1 |
| Kanada (Quebec) | Regionalregierung Quebec vs. Kanada | Nationale Unabhängigkeit | 1990 | • | 1 |
| Kolumbien - Venezuela * | Kolumbien vs. Venezuela | Territorium (Monjes-Inseln) | 1952 | • | 1 |
| Kolumbien (ELN) | ELN-Guerilla vs. AUC-Paramilitärs vs. Regierung | System, Ideologie | 1961 | • | 3 |
| Kolumbien (FARC) | FARC-Guerilla vs. AUC-Paramilitärs vs. Regierung | System, Ideologie | 1961 | • | 4 |
| Mexiko (Guerrero) * | ELN vs. Regierung | Autonomie | 1997 | • | 1 |
| Mexiko (Provinz Chiapas) | EZLN-Rebellen vs. Regierung | Autonomie | 1994 | • | 2 |
| Nicaragua - Honduras | Nicaragua vs. Honduras | Territorium (Seegrenze), Ressourcen (Fischereirechte, Erdöl, Erdgas) | 1999 | • | 1 |
| Nicaragua - Kolumbien * | Nicaragua vs. Kolumbien | Territorium (San Andrés-Inseln) | 1980 | • | 1 |
| Peru (Fujimori) | Opposition (verschiedene Gruppierungen) vs. Regierung (Fujimori) | Nationale Macht | 2000 | • Ende | 2 |
| Peru (Sendero Luminoso) | Sendero Luminoso vs. Regierung | System | 1980 | ↗ | 2 |
| USA - Kuba * | USA vs. Kuba | System, Ideologie, geostrategische Lage | 1961 | • | 1 |
| Venezuela - Guyana * | Venezuela vs. Guyana | Territorium (Region Essequibo im westlichen Guyana) | 1962 | • | 1 |

1) 2) 3) 4) siehe Seite 11: Übersicht: Konflikte in Europa 2001

ger zu steigern. Am 11. Januar erklärt Lucien Bouchard, der langjährige Premierminister von Quebec, seinen Rückzug aus der Politik. Bouchard, die Symbolfigur der Sezessionisten, ist auch der Vorsitzende der Parti Québécois (PQ). Die separatistische PQ stellt seit 1994 die Provinzregierung von Quebec. Im März wird Bernard Landry neuer Premierminister von Quebec. Er verspricht seinen Anhängern einen neuen Anfang in den Bestrebungen zur Abspaltung der Provinz von Kanada. Er kündigt dafür ein neues Referendum zu gegebener Zeit an. *hs*

Kolumbien (ELN)

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1961
 Konfliktparteien: ELN-Guerilla vs. AUC-Paramilitärs vs.
 Regierung
 Konfliktgegenstand: Ideologie, System

Das etwa 5.000 Mann starke Nationale Befreiungsheer (ELN) setzt seine Angriffe, Überfälle, Anschläge und Geiselnahmen vor allem im Norden des Landes gegen die kolumbianischen Sicherheitskräfte und Wirtschaftsunternehmen unvermindert fort. Dessen ungeachtet führen Regierung und Guerilla ihre Verhandlungen vor allem über die Bildung einer Neutralen Zone weiter. Sie soll mit etwa 4.000 qkm im Süden des Departements Bolivar, nördlich von Bogota, eingerichtet werden.

Im April führt die ELN eine Offensive durch, um Druck für die Errichtung der von ihr geforderten Zone auszuüben. Im Süden des Departements Bolivar greift

sie dafür - ausnahmsweise zusammen mit der FARC - die Paramilitärs der Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens (AUC) an. Die AUC führen ihren Kampf neben der FARC auch gegen die ELN fort. Sie wollen zum einen die vorgesehene Neutrale Zone für die ELN verhindern und zum anderen als Kriegspartei an den Verhandlungen der Regierung mit den beiden Guerillagruppen ELN und FARC beteiligt werden.

Am 20.4. kündigt die ELN die seit Oktober 1999 laufenden Friedensgespräche mit der Regierung auf. Die Regierung habe ihre grundsätzliche Zusage vom Dezember 2000 für die Errichtung der Zone nicht eingehalten und gehe nicht entschieden genug gegen die Paramilitärs der AUC vor. Nach neuerlichen Gesprächen bricht Präsident Pastrana am 8.8. seinerseits die Verhandlungen ab, da die ELN zu keinen Kompromissen und Zugeständnissen bereit sei. *hs*

Kolumbien (FARC)

Intensität: 4 Veränderung: • Beginn: 1961
 Konfliktparteien: FARC-Guerilla vs. AUC-Paramilitärs vs.
 Regierung
 Konfliktgegenstand: Ideologie, System

Der Bürgerkrieg zwischen der Armee und den 15.000-17.000 Mann starken Bewaffneten Revolutionären Streitkräften Kolumbiens -Volksheer (FARC-EP) dauert mit unverminderter Intensität an. Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Regierung und Guerilla, die von der FARC am 14.11.2000 abgebrochen und im Januar wieder aufgenommen werden, stehen die Ausein-

andersetzung um die Aufrechterhaltung der sogenannten Neutralen Zone, die der FARC seit November 1998 überlassen worden ist, die Freilassung von etwa 500 Soldaten und Polizisten, die Vernichtung von Kokapflanzungen durch Sprühgifte sowie ein Waffenstillstand.

Nach einem Treffen zwischen Präsident Andres Pastrana und dem Chef der FARC, Manuel Marulanda, am 1.2. wird die Frist für die Überlassung dieser entmilitarisierten Zone am 8.2. bis zum 9.10. verlängert. Am 28.2. führen beide Seiten neue Verhandlungen und Anfang März treffen sich deren Vertreter mit Delegierten aus 25 Ländern, um u.a. über internationale Hilfsmaßnahmen zu beraten. Zwar stimmt die FARC im Juni einem Gefangenen austausch zu, der am 15. des Monats stattfindet. Da dennoch keine substantiellen Fortschritte zur Beendigung des Bürgerkrieges erreicht werden, wächst der Druck von Teilen der Armee, der Wirtschaft und der Bevölkerung auf den Präsidenten, eine kompromißlosere Haltung gegenüber der Guerilla einzunehmen. Daraufhin werden die Sprühaktionen wieder aufgenommen, um die Einkünfte der FARC aus dem Drogenhandel zu verringern.

Am 23.7. lehnt die FARC die Bedingungen der Regierung für ein Friedensabkommen ab. Darin werden der Verzicht auf Angriffe, Geiselnahmen, Überfälle, ein Ende der Kontakte zur Drogenmafia, eine internationale Waffenstillstandskommission und der Rückzug der Guerilla in bestimmte Gebiete gefordert. Die Guerilla ist jedoch nur bereit, auf Angriffe gegen Armee und Polizei zu verzichten. Kurz vor Ablauf der Frist für die Aufrechterhaltung der Neutralen Zone am 9.10. verlängert der Präsident diese bis zum 20.1.2002, nachdem die FARC zugesagt hat, keine Privatleute mehr zu entführen, die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen und die Neutrale Zone nur noch für Verhandlungen zu nutzen. Neben der Regierung bekämpfen auch die Paramilitärs der Vereinigten Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens (Autodefensas Unidas de Colombia, AUC) die FARC. Den von Großgrundbesitzern und von Teilen des Sicherheitsapparates unterstützten AUC gelingt es, die Guerilla aus einigen umkämpften Regionen zu vertreiben. *hs*

Mexiko (Provinz Chiapas)

| | | | | | |
|---------------------|-----------------|--------------|---|---------|------|
| Intensität: | 2 | Veränderung: | • | Beginn: | 1994 |
| Konfliktparteien: | Mexiko vs. EZLN | | | | |
| Konfliktgegenstand: | Autonomie | | | | |

In dem seit 1994 bestehenden Konflikt der mexikanischen Regierung mit dem Zapatistischen Nationalen Befreiungsheer (EZLN) um Autonomie-Regelung für die südlichste Provinz Chiapas werden Fortschritte erzielt. Nach dem Wahlsieg von Vicente Fox zu Beginn des Jahres, der als erster mexikanischer Präsident nicht der seit Jahrzehnten regierenden Staatspartei PRI angehört, erfüllt dieser schrittweise Forderungen der EZLN: zapatistische Häftlinge werden freigelassen, Militärbasen in Chiapas aufgegeben und der Gesetzesentwurf der Cocopa, der parteiübergreifenden Kommission für Chiapas, dem Senat vorgelegt.

Am 25.2. beginnt in Chiapas ein medienwirksamer Friedensmarsch der Zapatisten durch 12 Bundesstaaten bis nach Mexiko-Stadt, die sogenannte "Zapatour". 24 unbewaffnete Delegierte der EZLN führen diese unter dem ausdrücklichen Schutz der Regierung und in

Begleitung tausender Symphatisanten sowie mehrerer hundert internationaler Beobachter durch. Am 28.3. dürfen vier EZLN-Delegierte erstmals ihre Anliegen im Abgeordnetenhaus vorbringen. Am 27.4. wird der Gesetzesentwurf der Cocopa über kulturelle Rechte der indigenen Bevölkerung Mexikos im Senat verabschiedet. Die EZLN lehnt den Gesetzesentwurf ab und zieht sich von den Verhandlungen mit der Regierung zurück. Am 13.7. ratifiziert das 16. von 31 Teilstaatenparlamenten das Gesetz, das damit in Kraft tritt. *kh*

Nicaragua - Honduras

| | | | | | |
|---------------------|-------------------------|--------------|---|---------|------|
| Intensität: | 1 | Veränderung: | • | Beginn: | 1999 |
| Konfliktparteien: | Nicaragua vs. Honduras | | | | |
| Konfliktgegenstand: | Territorium; Ressourcen | | | | |

Im Konflikt um die Festlegung der Seegrenze vor den karibischen Küsten von Nicaragua und Honduras, reichte Nicaragua 1999 Klage beim IGH ein. Nach Zusammenstößen im Jahre 2000 ziehen beide Seiten aufgrund eines Rückzugsabkommens ihre Truppen aus der Küstenregion zurück. Nachdem Nicaragua gegen eine angebliche Verletzung des Truppenrückzugsabkommens durch Honduras bei der OAS protestiert hat, verhandeln beide Seiten unter Vermittlung der OAS und unterzeichnen am 8.3. ein Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen. Beide Länder setzen in der Folge Militärpatrouillen in dem umstrittenen Gebiet ein. Das beim IGH anhängige Verfahren ist noch nicht entschieden. *hs*

Peru (Fujimori)

| | | | | | |
|---------------------|---|--------------|---|--------------|------|
| Intensität: | 2 | Veränderung: | • | Ende Beginn: | 2000 |
| Konfliktparteien: | Oppositionsgruppen vs. Regierung (Fujimori) | | | | |
| Konfliktgegenstand: | nationale Macht | | | | |

Der Konflikt um die Beseitigung des autoritären Regimes von Präsident Alberto Fujimori konnte durch dessen erzwungenen Rücktritt und die Einsetzung der Übergangsregierung unter Valentín Paniagua schon im vergangenen Jahr weitgehend beendet werden. Der Interimspräsident Paniagua initiiert Reformen der staatlichen Institutionen, vor allem die Bekämpfung der Korruption. Gegen zahlreiche Angehörige von Armee, Polizei und Justiz werden Prozesse eingeleitet und eine Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Vergangenheit eingesetzt. Nachdem die Voraussetzungen für einen demokratischen Neuanfang geschaffen sind, wird Alejandro Toledo am 3.6. in freien, gleichen und demokratischen Wahlen zum legitimen Präsidenten Perus gewählt. *kh*

Peru (Sendero Luminoso)

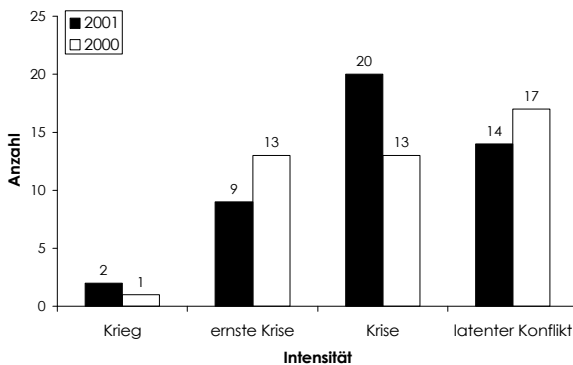
| | | | | | |
|---------------------|--------------------------------|--------------|---|---------|------|
| Intensität: | 2 | Veränderung: | ↗ | Beginn: | 1980 |
| Konfliktparteien: | Sendero Luminoso vs. Regierung | | | | |
| Konfliktgegenstand: | System | | | | |

Der Konflikt zwischen der Regierung und der Guerillagruppe Leuchtender Pfad (Sendero Luminoso) bleibt offen. Obwohl im August vier Polizisten in einem Hinterhalt der Sendero Luminoso erschossen werden, ist ein Wiedererstarken der Guerilla unwahrscheinlich. *kh*

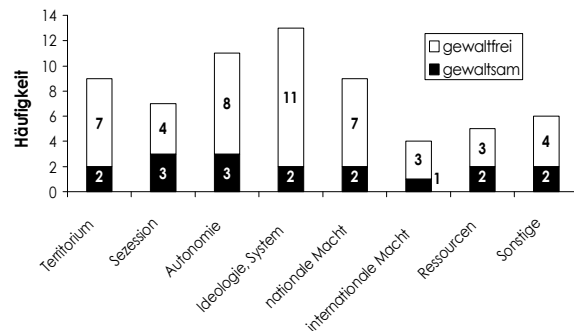
Asien

Zwar ist die Gesamtzahl der Konflikte in Asien im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben, doch die Zahl der überwiegend gewaltsam ausgetragenen Konflikte verringert sich im Berichtszeitraum von 14 auf elf. Die Konflikte in Fidschi, Kirgistan, Pakistan, Philippinen (MILF), Philippinen (NPA) und Salomonen werden im Gegensatz zum Vorjahr überwiegend nicht gewaltsam ausgetragen. Hingegen überschreiten die Auseinandersetzungen Bangladesch-Indien, Bangladesch (Opposition), Indonesien (Kalimantan) und Philippinen (MNLF) die Gewaltschwelle. Die beiden in Asien verzeichneten Kriege werden auf Sri Lanka und zwischen der indischen Regierung und kaschmirischen und pakistanischen Freischärlern in Kaschmir geführt. Der Anteil der überwiegend gewaltfrei ausgetragenen Konflikte an der Gesamtzahl erhöht sich, wobei vor allem die Anzahl der eskalationsgefährdeten Krisen zunimmt. Charakteristisch bleibt für Asien der hohe Anteil an innerstaatlichen Konflikten um die politische Ordnung.

Konfliktintensitäten Asien 2001 - 2000



Häufigkeit der Konfliktgegenstände nach Gewalteininsatz Asien



Bangladesch - Indien

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: ↗ | Beginn: 1999 |
| Konfliktparteien: Bangladesch vs. Indien | | |
| Konfliktgegenstand: Grenze | | |

Trotz erfolgreich verlaufener Verhandlungen 2000 eskaliert der Grenzkonflikt zwischen Indien und Bangladesch im Frühjahr. Während des gesamten Berichtszeitraums liefern sich Grenzsoldaten beider Seiten mehrere Schusswechsel. Am 20.4., am 12.6. und am 19.11. treffen sich Vertreter der Konfliktparteien, um die Zwischenfälle zu klären und die Grenzfragen endgültig zu regeln. *rg*

Bangladesch (Opposition)

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: ↗ | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: Awami League vs. Bangladesh National Party | | |
| Konfliktgegenstand: Nationale Macht | | |

Im Machtkonflikt zwischen der Partei Awami Liga (AL), die bis Mitte des Jahres die Premierministerin stellt, und der konservativen Bangladesch Nationalpartei (BNP) kommt es zwischen deren Anhängern zu zahlreichen gewalttätigen Auseinandersetzungen. Dies ist vor allem im Vorfeld der Wahlen am 1.10. zu sehen. Im Zusammenhang mit diesen Ausschreitungen und verschiedenen Terrorakten kommen mindestens 150 Menschen ums Leben. Nach dem Wahlsieg der oppositionellen BNP ist ein deutlicher Rückgang der Gewalttätigkeiten zu verzeichnen. *rg*

Bangladesch - Myanmar

| | | |
|---|----------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1992 |
| Konfliktparteien: Bangladesch vs. Myanmar | | |
| Konfliktgegenstand: Grenze | | |

Der Konflikt zwischen Bangladesch und Myanmar um den Grenzverlauf am Naaf-Fluss und dessen Nut-

zungsrechte eskaliert zu Beginn des Jahres. Am 8.1. liefern sich Grenzsoldaten kleinere Feuergefechte. Daraufhin ziehen Bangladesch und Myanmar mehrere tausend Soldaten zusammen. Regierungsvertreter beider Seiten treffen sich zu Gesprächen über die Vorfälle. *rg*

China (Tibet)

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1950 |
| Konfliktparteien: Tibeter vs. VR China (Regierung) | | |
| Konfliktgegenstand: Autonomie | | |

Auch 2001 findet der Konflikt um die politische, kulturelle und religiöse Autonomie Tibets kein Ende. Die chinesische Erschließungspolitik in Tibet wird im Juni durch den Baubeginn einer Eisenbahnstrecke zwischen Tibet und dem Osten des Landes forciert, was bei der Exil-Regierung Tibets auf Ablehnung stößt. Als Provokation sieht die tibetische Seite auch gezielte populistische Äußerungen Pekings, wie die Ankündigung des Baus eines Denkmals in Lhasa zur "Feier der 50-jährigen Befreiung Tibets". Zudem geht die Regierung mit teilweise gewaltsamen Polizei-Einsätzen weiter gegen buddhistische Gläubige im ganzen Land vor. Der Konflikt verschärft sich zum Ende des Jahres, nachdem die Regierung in Peking am 22.9. die Bewaffnete Volkspolizei (PAP) im Zusammenhang mit dem von den USA erklärten "internationalen Kampf gegen den Terrorismus" in der Region in Alarmbereitschaft versetzt und im November einige Anhänger des Dalai Lama öffentlich der terroristischer Aktivitäten bezichtigt. *jk*

Übersicht: Konflikte in Asien 2001

| Konfliktname ¹ | Direkt Beteiligte ² | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ³ | Int. ⁴ |
|---------------------------------------|--|---|--------|-------------------|-------------------|
| Bangladesch - Indien | Bangladesch vs. Indien | Grenze | 1999 | ↗ | 3 |
| Bangladesch (Shanti Bahini) | Regierung vs. regionale Gruppierungen | Autonomie | 1991 | • | 1 |
| Bangladesch (Opposition) | Awami League vs. Bangladesh National Party | Nationale Macht | 1991 | ↗ | 3 |
| Bangladesch - Myanmar | Bangladesch vs. Myanmar | Grenze | 1992 | • | 2 |
| China - Indien * | China vs. Indien | Territorium, Grenze | 1954 | • | 1 |
| China (Tibet) | Tibeter vs. VR China (Regierung) | Autonomie | 1950 | • | 2 |
| China - Vietnam | VR China vs. Vietnam | Territorium, Regionale Macht | 1964 | • | 1 |
| China (Falun Gong) | Regierung vs. Falun Gong, Zhong Gong u.a. | Ideologie, System, religiöse Autonomie | 1999 | • | 2 |
| China, Taiwan, Brunei u.a. (Spratley) | VR China vs. Taiwan vs. Brunei vs. Philippinen vs. Malaysia vs. Singapur vs. Vietnam | Territorium/Grenze, regionale Macht, Ressourcen | 1974 | ↗ | 2 |
| China (Uiguren) | Uiguren vs. Regierung | Regionale Autonomie | 1997 | ↗ | 2 |
| China - Taiwan | VR China vs. Republik China (Taiwan) | regionale Macht, Ideologie, System | 1949 | • | 2 |
| Fidschi | Regierung, Nationalistische politische Gruppen vs. Indisch-stämmige Minderheit | Nationale Macht | 1987 | ↓ | 1 |
| Indien (Assam) | ULFA u.a. Autonomiebewegungen vs. Regierung | Ethnische Autonomie, Ressourcen | 1983 | • | 3 |
| Indien (Kaschmir) | Pakistan, kaschmir. und pakistanische Freischärler (JKLF u.a.) vs. Indien, Regierung Kaschmirs | Territorium, Grenze, Sezession, regionale Macht | 1947 | ↗ | 4 |
| Indien (Punjab) * | Autonomiebewegung vs. Regierung | Regionale, religiöse Autonomie | 1981 | • | 1 |
| Indonesien (Osttimor) | Regierung, pro-indonesische Milizen vs. UNTAET, Fretilin | Sezession | 1976 | • | 2 |
| Indonesien (Aceh) | GAM vs. Regierung | Sezession, Ressourcen | 1953 | • | 3 |
| Indonesien (Iriyan Jaya) * | OPM vs. Regierung | Sezession | 1963 | • | 2 |
| Indonesien (Demokratie) | Demokratiebewegung vs. Regierung | System | 1997 | • | 1 |
| Indonesien (Kalimantan) | Dajaks vs. Regierung, Malayen, Maduresen | Sonstige (ethnische Vorherrschaft) | 1998 | ↗ | 3 |
| Indonesien (Molukken) | Muslimen vs. Christen vs. Regierung | Sonstige (religiöse Vorherrschaft), System | 1998 | • | 3 |
| Japan - Südkorea (Tokto - Inseln) * | Japan vs. Südkorea | Territorium (Tokto-Inseln) | 1945 | • | 1 |
| Japan - VR China * | Japan vs. VR China | Territorium (Senkakuff/Diaoyutai Inseln) | 1945 | • | 1 |
| Japan-Russland (Kurilen) * | Japan vs. Russland | Territorium (Kurilen - Inseln) | 1945 | • | 1 |
| Kambodscha (CFF) | CFF vs. Regierung | Ideologie, System, nationale Macht | 2000 | • | 2 |
| Kambodscha (Rote Khmer) | Rote Khmer vs. SRP vs. Hun Sen | Nationale Macht | 1975 | • | 1 |
| Kirgistan * | Tadschik. und usbek. Rebellen vs. Regierung | System | 1999 | ↘ | 2 |
| Malaysia | Regierung vs. Opposition | System, nationale Macht | 1998 | • | 1 |
| Myanmar | Regierung vs. NLD | System, nationale Macht | 1990 | • | 1 |
| Myanmar (Karen) | Regierung vs. Karen | Regionale Autonomie | 1948 | • | 2 |
| Nepal (Maoistische Rebellen) | CPN (M) vs. Regierung | Ideologie, System, nationale Macht | 1996 | • | 3 |
| Nepal - Bhutan | Nepal vs. Bhutan | Sonstige (Flüchtlinge) | 1992 | ↗ | 2 |
| Nordkorea - Südkorea | Nordkorea vs. Südkorea | Ideologie, System, Regionale Macht | 1953 | • | 2 |
| Pakistan (Karatschi) * | MQM vs. Regierung | Autonomie, Sonstige | 1977 | ↘ | 2 |
| Papua-Neuguinea | BRA vs. Regierung | Autonomie, Ressourcen | 1975 | • | 1 |
| Philippinen * | Peoples Power II vs. Estrada | Nationale Macht | 2000 | ↗ | 2 |
| Philippinen (MILF) | MILF vs. Regierung | Sezession, System, Ideologie | 1970 | ↘ | 2 |
| Philippinen (NPA) | NPA vs. NDF vs. Regierung | Sezession, System, Ideologie | 1968 | ↘ | 2 |
| Philippinen (MNLF) | MNLF (Misuari) vs. Regierung | Autonomie | 1970 | ↑ | 3 |
| Philippinen (Abu Sayyaf) | Abu Sayyaf vs. Regierung | Sezession | 1970 | • | 3 |
| Salomonen (MEF) | MEF vs. Zentralregierung, IFM | Sonstige (Umsetzung Vertrag von 2000), Ressourcen | 1998 | ↓ | 1 |
| Sri Lanka (LTTE) | LTTE vs. Regierung | Sezession | 1948 | • | 4 |
| Tadschikistan | Islamistische Rebellen vs. Regierung | System | 1997 | • | 2 |
| USA - China | USA vs. VR China | Sonstige (Spionageflugzeug) | 2001 | neu | 2 |
| Usbekistan | Islamistische Rebellen vs. Regierung | System, nationale Macht | 1997 | • | 2 |

1) 2) 3) 4) siehe Seite 11: Übersicht: Konflikte in Europa 2001

China (Falun Gong)

| | | |
|---------------------|---|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1999 |
| Konfliktparteien: | Regierung vs. Falun Gong, Zhong Gong u.a. | |
| Konfliktgegenstand: | Ideologie, System, religiöse Autonomie | |

In der ersten Jahreshälfte wird der Konflikt um religiöse Autonomie und Systemkritik zwischen der chinesischen Regierung und den Falun-Gong-Anhängern im wesentlichen von Demonstrationen und Gegendemonstrationen bestimmt. Die Situation verschärft sich ab September, als die chinesische Regierung die Bewaffnete Volkspolizei (PAP) zum Schutz vor separatistischen Bewegungen der Falun-Gong im Rahmen des von den USA erklärten "Kampfs gegen den internationalen Terrorismus" in Alarmbereitschaft versetzt. Im Oktober wirft Peking der Falun-Gong-Gruppe die Versendung eines angeblich mit Anthraxsporen versetzten Briefes vor. *jk*

China - Taiwan - Brunei - u.a. (Spratly)

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: ↗ | Beginn: 1974 |
| Konfliktparteien: | VR China vs. Taiwan vs. Brunei vs. Philippinen vs. Malaysia vs. Singapur vs. Vietnam | |
| Konfliktgegenstand: | Territorium, Grenze, internationale/regionale Macht, Ressourcen | |

Der Konflikt um die Spratly-Inseln dauert nach gescheiterten Gesprächen auf der ASEAN-Konferenz im Juli an. Die Konfliktparteien bringen wechselseitig Boote auf. Dominierende Gegner sind im Berichtszeitraum China, das seine Militärpräsenz bei der Insel Huangyan ausbaut, und die Philippinen, die im Februar eine diplomatische Offensive zur Unterstreichung ihrer Ansprüche unternehmen und ebenfalls ihre Militärpräsenz verstärken. *fp*

China (Uiguren)

| | | |
|---------------------|-----------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: ↗ | Beginn: 1997 |
| Konfliktparteien: | Uiguren vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Regionale Autonomie | |

Der seit vier Jahren andauernde Konflikt um politische, religiöse und regionale Autonomie zwischen der chinesischen Regierung und den Uiguren im Nordwesten Chinas verschärft sich im Verlauf des Jahres. Im April ruft die Regierung die erste Phase der "Strike Hard"-Kampagne aus. Bis August werden mindestens 30 Menschen hingerichtet und weitere festgenommen. Die chinesische Regierung schränkt die freie Religionsausübung der moslemischen Uiguren im April weiter ein. Der Konflikt verschärft sich ab September durch die offizielle Teilnahme Chinas am US-amerikanischen "Kampf gegen den internationalen Terrorismus". Im Oktober entsendet Peking im Rahmen der zweiten Phase der Kampagne zur Entsendung von bewaffneten Einheiten der Polizei und der Volksbefreiungsarmee gegen uigurische Gruppierungen. Dabei werden u.a. Hunderte festgenommen und zahlreiche uigurischen Organisationen zerschlagen. *jk*

China - Taiwan

| | | |
|---------------------|--------------------------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1949 |
| Konfliktparteien: | VR China vs. Republik China (Taiwan) | |
| Konfliktgegenstand: | Ideologie, System, nationale Macht | |

Der Konflikt zwischen Taiwan und der Volksrepublik China bleibt weiterhin ohne Ergebnis. Beide Seiten und die USA halten während des Jahres größere Manöver in der Region ab. Vor dem Hintergrund des Bei-

tritts beider Länder zur WTO werden die bisher bestehenden Handelsbeschränkungen jedoch teilweise aufgehoben. Mit George W. Bush spricht sich erstmals ein amerikanischer Präsident im April offen für eine Unterstützung Taiwans im Fall eines Angriffs durch die Volksrepublik aus. *mp*

Fidschi

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: ↓ | Beginn: 1987 |
| Konfliktparteien: | Regierung, Nationalistische politische Gruppen vs. Indisch-stämmige Minderheit | |
| Konfliktgegenstand: | Nationale Macht | |

Der Konflikt zwischen der von ethnischen Fidschiern dominierten Regierung und der indisch-stämmigen Minderheit besteht weiterhin fort, jedoch weit weniger gewaltsam als 2000. Nach den Parlamentswahlen im August wird der bisherige nationalistische Übergangspräsident und Wahlgewinner Laisenia Qarase erneut in dieses Amt berufen. Der neue Premier beruft entgegen der Verfassung keine Mitglieder der unterlegenen und hauptsächlich von der indischen Minderheit unterstützten sozialdemokratischen Partei in die Regierung. Deshalb erkennt diese die Regierung nicht an. *mp*

Indien (Assam)

| | | |
|---------------------|---|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1983 |
| Konfliktparteien: | ULFA u.a. Autonomiebewegungen vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Ethnische Autonomie, Ressourcen | |

Die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Autonomiebefürwortern in Assam gehen unvermindert weiter. Es kommt u.a. im Zusammenhang mit den Wahlen auf Landesebene im Mai zu mehreren bewaffneten Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und Aufständischen. Zahlreiche Anschläge und vereinzelte Massaker der Rebellen treffen auch die Zivilbevölkerung. Insgesamt wird von weit mehr als 100 Todesopfern ausgegangen. *mp*

Indien (Kaschmir)

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 4 | Veränderung: ↗ | Beginn: 1947 |
| Konfliktparteien: | Pakistan, kaschmir. und pakistanische Freischärler (JKLF u.a.) vs. Indien, Regionalregierung Kaschmirs | |
| Konfliktgegenstand: | Territorium, Grenze, Sezession, regionale Macht | |

Die Kampfhandlungen zwischen regulären indischen und pakistanischen Grenztruppen reduzieren sich auf das Maß früherer Jahre. Trotz eines Gipfeltreffens der Regierungschefs von Indien und Pakistan, Vajpayee und Musharraf, kommt es zu keiner Annäherung in der Kaschmirfrage. Die Auseinandersetzungen indischer Sicherheitskräfte mit kaschmirischen Rebellengruppen verschärfen sich im Laufe des Berichtszeitraumes trotz einer zu Beginn des Jahres verlängerten Waffenruhe. Bei zahlreichen Anschlägen und Kampfhandlungen werden insgesamt mehr als dreitausend Sicherheitskräfte, Zivilisten und Separatisten getötet. Im Oktober unternimmt ein Selbstmordkommando kaschmirischer Separatisten einen Anschlag auf das Landesparlament des Staates Jammu und Kaschmir, bei dem 38 Menschen sterben. *mp*

Indonesien (Aceh)

| | | |
|---------------------|-----------------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1953 |
| Konfliktparteien: | GAM vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Sezession, Ressourcen | |

In Indonesiens rohstoffreicher Region Aceh kommen die Bemühungen um einen Frieden zwischen der nach Unabhängigkeit strebenden Bewegung Freies Aceh (GAM) und der indonesischen Regierung nicht voran. Beide Parteien einigen sich am 10.1. in Genf auf eine Verlängerung des ohnehin brüchigen Waffenstillstands. Im August gesteht das indonesische Parlament der Region größere Autonomie zu, darunter das Recht zur Einführung der Scharia. Dennoch kommen bei fortwährenden bewaffneten Zusammenstößen zwischen beiden Parteien bis November mehr als 1.000 Personen ums Leben. Indonesiens neue Präsidentin Megawati Sukarnoputri entschuldigt sich in ihrer Regierungserklärung am 16.8. als erstes indonesisches Staatsoberhaupt für die begangenen Menschenrechtsverletzungen in Aceh, betont aber gleichzeitig das Festhalten ihrer Regierung an der Einheit des Landes.

nis

Indonesien (Kalimantan)

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: ↗ | Beginn: 1998 |
| Konfliktparteien: | Dajaks vs. Regierung, Malayen, Maduresen | |
| Konfliktgegenstand: | Sonstiges (ethnische Vorherrschaft) | |

Im Konflikt auf Borneo, bei dem die Ureinwohner der Insel (Dajaks) gegen die unter Suharto zwangsumgesiedelten maduresischen und malayischen Zuwanderer kämpfen, beginnt am 18.2. ein mehrtägiges Massaker. Bei diesem sterben 500 bis 1.000 Personen und mehr als 50.000 der Einwanderer flüchten. Obwohl sich Vertreter beider ethnischen Gruppen am 19.3. zu Friedensgesprächen unter der Vermittlung der damaligen Vize-Präsidentin Megawati Sukarnoputri treffen, kommt es in den Folgetagen zu weiteren blutigen Zusammenstößen, die das ganze Jahr über anhalten.

nis

Indonesien (Molukken)

| | | |
|---------------------|------------------------------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1998 |
| Konfliktparteien: | Regierung vs. Muslime vs. Christen | |
| Konfliktgegenstand: | System | |

Der Konflikt zwischen Muslimen und Christen auf den Molukken-Inseln wird nach der Gewaltzunahme im Juni 2000 auch im Berichtszeitraum häufig blutig ausgetragen. Einige christliche Inselbewohner werden zwangskonvertiert. Die Regierung in Jakarta greift nicht in den Konflikt ein. Ende September besetzen sechs von den Molukken stammende Christen die Schweizer Botschaft und fordern die Internationalisierung des Konflikts und das Eingreifen der UNO. Seit Januar 2000 sollen mehr als 3.000 Menschen den Auseinandersetzungen zum Opfer gefallen sein.

nis

Indonesien (Osttimor)

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1976 |
| Konfliktparteien: | Indon.Regierung, pro-indonesische Milizen vs. UNTAET, Fretilin | |
| Konfliktgegenstand: | Ethnische, religiöse, regionale Autonomie | |

Mit den Wahlen vom 30.8. wird eine verfassungsgebende Versammlung für Osttimor konstituiert. Indonesien, das das Gebiet 1976 annektiert hat, nimmt dies hin. Im Rahmen von Gerichtsverhandlungen in Jakarta sowie bei einem UNO-Verfahren in Osttimors Hauptstadt

Dili findet eine juristische Aufarbeitung der Massaker an der osttimoresischen Bevölkerung statt. Die UNO-Übergangsverwaltung UNTAET legt das Datum der Unabhängigkeit Osttimors auf den 20.5.2002 fest.

jkr

Kambodscha (CFF)

| | | |
|---------------------|--------------------------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 2000 |
| Konfliktparteien: | CFF unter Chhun Yasith vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Ideologie, System, nationale Macht | |

Mit dem Überfall der kambodschanische Freiheitskämpfer (CFF) auf Regierungseinrichtungen am 23.11.2000 beginnt ein neuer Konflikt in Kambodscha um Ideologie, das politische System und die nationale Macht. Mit den CFF unter Chhun Yasith, der von den USA aus die Organisation führt, entsteht für den kambodschanischen Präsidenten für Hun Sen eine neue Konfliktpartei. Ziel der CFF ist der Sturz Hun Sens, dem sie eine kommunistisch-orientierte Politik vorwerfen. Die Urheber mehrerer Sprengstoffanschläge können nicht ermittelt werden; 56 Personen, denen die Zugehörigkeit zur CFF vorgeworfen wird, werden zu Haftstrafen verurteilt.

fp

Kambodscha (Rote Khmer)

| | | |
|---------------------|---|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1975 |
| Konfliktparteien: | Hun Sen, Rote Khmer, Sam Rainsy Party (SRP) | |
| Konfliktgegenstand: | Nationale Macht | |

Bis August werden die notwendigen Beschlüsse zur Einsetzung des internationalen Gerichtshofs im Zusammenhang mit dem unter dem Regime der Roten Khmer verübten Völkermord gefasst. An dem Prozess sollen UNO-Beobachter teilnehmen. Die EU finanziert die Vernichtung von Waffenbeständen der ehemaligen Roten-Khmer-Kämpfer. Die Urheber mehrerer Bombenattentate und die Mörder dreier Oppositionspolitiker können nicht ermittelt werden. Ein weiterer Streitpunkt ist die Tatsache, dass 30 % der Wahlberechtigten für die 2002 anstehenden Lokalwahlen aufgrund der von der Regierung festgesetzten Modalitäten nicht registriert sind.

fp

Malaysia

| | | |
|---------------------|--------------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1998 |
| Konfliktparteien: | Regierung vs. Opposition | |
| Konfliktgegenstand: | Nationale Macht, System | |

Trotz der Inhaftierung ihres Vorsitzenden, Anwar Ibrahim, schafft es die Oppositionsbewegung durch Massendemonstrationen, den politischen Druck auf den amtierenden Ministerpräsidenten, Mahathir Mohamad, und das Interesse ausländischer Beobachter aufrechtzuerhalten. Erstmals geht sie bei einer Regionalwahl als Sieger über das Regierungsbündnis hervor. Trotzdem kann das Regierungsbündnis die große ethnische Gruppe der Chinesen als Wähler weiterhin an sich binden.

hdj

Myanmar (Opposition)

| | | |
|---------------------|------------------------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1990 |
| Konfliktparteien: | Regierung vs. NLD | |
| Konfliktgegenstand: | Ideologie, System, nationale Macht | |

Nach Vermittlungen der ASEAN und der EU für eine Regierungsbeteiligung der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), die 1990 die letzten freien Wahlen gewonnen hat und seitdem an der Regierungsausübung

gehindert wird, folgen im Dezember 2000 erste geheime Gespräche zwischen dem Militärregime und der Opposition. Ungeachtet dieser und weiterer Verhandlungen zwischen beiden Konfliktparteien bleibt die Lage in Myanmar gespannt. Das Militärregime entlässt insgesamt 155 politische Gefangene. Die Führerin der Opposition, Suu Kyi, und einige weitere Mitglieder stehen jedoch weiterhin unter Hausarrest. *ak*

Myanmar (Karen)

| | | |
|---------------------|---------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1948 |
| Konfliktparteien: | Regierung vs. Karen | |
| Konfliktgegenstand: | Regionale Autonomie | |

In ihrem Kampf um regionale Autonomie legen die Anführer der "Armee Gottes", einer Splittergruppe der Karen-Rebellen, ihre Waffen nieder. Daraufhin gewährt die thailändische Regierung Angehörigen dieser Gruppe vorübergehend Asyl. In den darauffolgenden Monaten kommt es dennoch zu mehreren gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Karen und der burmesischen Armee. *ak*

Nepal (Maoistische Rebellen)

| | | |
|---------------------|------------------------------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1996 |
| Konfliktparteien: | CPN (M) vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Ideologie, System, nationale Macht | |

Der Konflikt zwischen der Regierung und maoistischen Untergrundkämpfern verläuft weiterhin äußerst gewalttätig. Nach einem Regierungswechsel im Juni beginnen erste Verhandlungen, die sich schwierig gestalten. In der zweiten Jahreshälfte gibt es erste Anzeichen für einen konstruktiven Dialog. Im November steigt die Gewalt auf beiden Seiten erneut stark an. Am 26.11. ruft daraufhin die Regierung den Notstand aus und bittet in der Folge Indien und die USA um Militärhilfe bei der Bekämpfung der Rebellengruppen. Indien sagt eine Zusammenarbeit mit der nepalesischen Regierung zu. *mp*

Nepal - Bhutan

| | | |
|---------------------|---|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: ↗ | Beginn: 1992 |
| Konfliktparteien: | Nepal, nepalesischstämmige Flüchtlinge vs. Bhutan | |
| Konfliktgegenstand: | Sonstiges (Flüchtlinge) | |

Die Lage der bhutanesischen Flüchtlinge nepalesischer Abstammung in Nepal bleibt weiterhin kritisch. Auf Drängen der USA einigen sich die Regierungen von Bhutan und Nepal jedoch über die Modalitäten zur Rückführung der Flüchtlinge nach Bhutan. Die Verifikation wird von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe beider Staaten durchgeführt. Bislang konnte die Identität von 6.000 der Flüchtlinge festgestellt werden. In verschiedenen Treffen betont die Regierung von Bhutan unterdessen entgegen dem Willen Nepals, nur wenigen tausend Flüchtlingen die Wiederaufnahme gewähren zu wollen. *ak*

Nordkorea - Südkorea

| | | |
|---------------------|------------------------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1953 |
| Konfliktparteien: | Nordkorea vs. Südkorea | |
| Konfliktgegenstand: | Ideologie, System, regionale Macht | |

Der Annäherungsprozess zwischen Süd- und Nordkorea gerät im Berichtszeitraum stark ins Stocken. Trotz der im vergangenen Jahr abgeschlossenen Rahmenabkommen für eine verbesserte politische Zusammenar-

beit sagt Nordkorea ein für März anberaumtes Treffen auf Ministerebene kurzfristig ab und verweigert bis September weitere politische Gespräche. Als Grund gibt Pjöngjang eine veränderte Politik der USA und deren u.a. gegen Nordkorea gerichtetes geplantes Raketenabwehrsystem an. Erst als durch die Weigerungshaltung die ohnehin angeschlagene südkoreanische Regierung Kim Dae Jung massiv unter innenpolitischen Druck gerät und ein Ende der nordkoreafreundlichen "Sonnenscheinpolitik" droht, lenkt Nordkorea ein. Im September und November kommt es zu weiteren Begegnungen von Regierungsvertretern, die jedoch ergebnislos verlaufen. *nis*

Papua-Neuguinea

| | | |
|---------------------|---|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: Ÿ | Beginn: 1975 |
| Konfliktparteien: | Bougainville Revolutionary Army (BRA) vs. Regierung von Papua-Neuguinea | |
| Konfliktgegenstand: | regionale Autonomie; Ressourcen | |

Der Konflikt um regionale Autonomie der Insel Bougainville von Papua-Neuguinea ist im 2001 geprägt von zähen Verhandlungen um die Entwaffnung der Rebellen der Revolutionsarmee von Bougainville (BRA) und den Rückzug der papua-neuguineischen Armee nach dem Waffenstillstandsabkommen von 1998. Australien vermittelt mehrere Abkommen. Darin sind Wahlen zur Bildung einer autonomen Regionalverwaltung festgelegt. Außerdem soll innerhalb von 10-15 Jahren ein Unabhängigkeitsreferendum durchgeführt werden. Allerdings nimmt Francis Ona, einer der Rebellenführer aus dem Gebiet der Kupfermine von Panguna, nicht an den Verhandlungen teil. *jkr*

Philippinen (Abu Sayyaf)

| | | |
|---------------------|--------------------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1970 |
| Konfliktparteien: | Abu Sayyaf vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Sezession | |

Im Konflikt zwischen der Terrororganisation Abu Sayyaf und der philippinischen Regierung kommt es zu keiner Annäherung. Nach der Drohung der Rebellorganisation, eine amerikanische Geisel zu töten, erklärt Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo der Abu Sayyaf einen "Krieg bis zur Vernichtung". Die Rebellen nehmen im Mai und Juni insgesamt 39 Touristen und Einheimische als Geiseln, von denen neun von der Abu Sayyaf enthauptet werden. Der Regierung gelingt mehrmals die Befreiung von Geiseln und die Festnahme von Personen aus dem Führungskader der Organisation. Bei den Gefechten und weiteren Anschlägen kommen mehr als 100 Menschen ums Leben. Zum Ende des Berichtszeitraums halten die Rebellen noch drei Menschen in ihrer Gewalt, unter ihnen ein US-amerikanisches Ehepaar. *nis*

Philippinen (MILF)

| | | |
|---------------------|------------------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: ↘ | Beginn: 1970 |
| Konfliktparteien: | MILF vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | System, Ideologie, Sezession | |

Im Konflikt zwischen der Islamischen Moro-Befreiungsfront (MILF) und der Regierung in Manila werden entscheidende Fortschritte erzielt. Unter der Führung der neuen Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo unterbreitet die Regierung der Rebellengruppe mehrere Gesprächsangebote. Diese führen zu einer ersten Vereinbarung, die am 23.6. von Vertretern beider

Gruppen in Libyen unterschrieben wird. Ihr folgt am 7.8. die Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens, das trotz weiterer Anschläge im August und September mit ca. 70 Todesopfern durch ein weiteres Abkommen im Oktober bestätigt wird. Dabei wird auch die Einrichtung eines paritätisch besetzten Komitees vereinbart, das die Einhaltung des Waffenstillstandes künftig überwachen soll. *nis*

Philippinen (NPA)

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: ↘ | Beginn: 1968 |
| Konfliktparteien: NPA, NDF vs. Regierung | | |
| Konfliktgegenstand: System, Ideologie, nationale Macht | | |

In dem über 30jährigen Konflikt zwischen den kommunistischen Rebellen der Neuen Volksarmee (NPA) bzw. deren politischem Arm der Nationalen Demokratischen Front (NDF) und der philippinischen Regierung finden nach dem Wechsel im philippinischen Präsidentenamt neuen Friedensgesprächen statt. Im Februar verkündet die neue Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo einen einseitigen Waffenstillstand der Regierung, worauf die NPA sich Ende März zu Friedensverhandlungen bereit erklärt. Nach vereinzelt Anschlägen der NPA sagt die Regierung die Friedensverhandlungen zunächst ab. Diese werden schließlich für Ende des Jahres in Oslo angesetzt. *nis*

Philippinen (MNLF)

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: ↑ | Beginn: 1970 |
| Konfliktparteien: MNLF (Misuari) vs. Regierung | | |
| Konfliktgegenstand: Autonomie | | |

Nach fünf Jahren Waffenruhe zwischen der Moslemischen Nationalen Befreiungsfront (MNLF) und der Regierung in Manila kommt es im November zu heftigen Zusammenstößen auf der Insel Jolo, denen über 100 Menschen zum Opfer fallen. Über 10.000 Zivilisten flüchten. Etwa 600 MNLF-Kämpfer überfallen am 17./18.11. einen Militärposten, um ihrer Forderung nach einem eigenen moslemischen Staat Nachdruck zu verleihen. Bei Gefechten in den folgenden Tagen werden ca. 30 Menschen erschossen. Anführer der MNLF-Gruppen ist der Ex-Rebellenchef Nur Misuari, der nach dem Friedensabkommen von 1996 Gouverneur der autonomen Region Muslim-Mindanao wurde und sich am 26.11. Neuwahlen hätte stellen müssen. Er wird am 19.11. in Malaysia verhaftet und soll an die Philippinen ausgeliefert werden. Die Führung der MNLF distanziert sich von dem Überfall. *nis*

Salomonen

| | | |
|---|----------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: ↓ | Beginn: 1998 |
| Konfliktparteien: MEF vs. Regierung, IFM | | |
| Konfliktgegenstand: Ressourcen, Sonstiges | | |

Bei der Auszahlung von Entschädigungsleistungen, die im Friedensvertrag 2000 für Schäden aus dem ethnischen Konflikt zwischen der malaytischen Rebellenorganisation MEF und der Isatabu Befreiungsbewegung IFM bzw. der Regierung der Salomonen vereinbart wurden, treten Probleme auf. Daraufhin verzögert sich die Entwaffnung von MEF und IFM. Im Oktober bittet die Zentralregierung Australien und Neuseeland um die Entsendung bewaffneter Truppen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit. *mp*

Sri Lanka

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 4 | Veränderung: • | Beginn: 1948 |
| Konfliktparteien: Tamilische Rebellen (LTTE) vs. Regierung | | |
| Konfliktgegenstand: Sezession | | |

Im Bürgerkrieg auf Sri Lanka zwischen den tamilischen Rebellen der Befreiungstiger Tamil Eelam (LTTE) und der Regierung bleibt ein norwegischer Vermittlungsversuch erfolglos. Ende 2000 kündigen die Rebellen einen einseitigen Waffenstillstand an, der im April aufgehoben wird. Das Militär liefert sich während des gesamten Jahres massive Gefechte mit den LTTE. Präsidentin Chandrika Kumaratunga und ihre Partei, Volksallianz (PA), verliert bei den Wahlen zum Einkammer-Parlament Ende 2000 die absolute Mehrheit. Mehrfach droht ein Misstrauensvotum, das die Präsidentin im Juli durch die Suspendierung des Parlaments abwehrt. Im Oktober löst sie das Parlament auf, Neuwahlen sind für Dezember vorgesehen. *tk*

Tadschikistan

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1997 |
| Konfliktparteien: Islamistische Rebellen vs. Regierung | | |
| Konfliktgegenstand: System | | |

Der Konflikt zwischen der tadschikischen Regierung und den islamistischen Gruppen, die einen Umsturz des herrschenden Systems anstreben, besteht weiter. Direkte Kampfhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien sind allerdings selten. Am 18.6. lassen tadschikische Rebellen die wenige Tage zuvor gekidnappten elf Mitarbeiter der Welthungerhilfe wieder frei. Am 10.8. tötet die tadschikische Armee einen langgesuchten Rebellenführer in einem Gefecht. *hl*

USA - China

| | | |
|--|------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: neu | Beginn: 2001 |
| Konfliktparteien: USA vs. VR China | | |
| Konfliktgegenstand: Sonstiges (Spionageflugzeug) | | |

Bei der Kollision eines US-Spionageflugzeugs mit einem chinesischen Abfangjäger vor der Küste der Volksrepublik China am 1.4. kommt der chinesische Pilot ums Leben. Die amerikanische Maschine landet ohne Erlaubnis auf der chinesischen Insel Hainan not. China hält die Besatzung elf Tage lang gefangen. Erst nach über einem Monat zäher Verhandlungen und nachdem der US-Präsident auf Verlangen Chinas sein Bedauern ausgedrückt hat, erklärt sich Peking zur Rückgabe der Maschine bereit. Über die Höhe einer Entschädigungszahlung für den Zwischenfall besteht nach einer Zurückweisung der chinesischen Forderungen durch das US-Repräsentantenhaus im Juli weiterhin Uneinigkeit. *mp*

Usbekistan

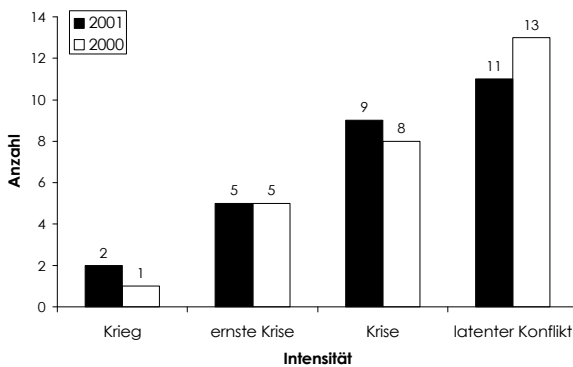
| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1997 |
| Konfliktparteien: Islamistische Rebellen vs. Regierung | | |
| Konfliktgegenstand: Ideologie, System, nationale Macht | | |

In Usbekistan kämpfen islamistische Rebellen für die Errichtung eines islamischen Staates. Im Mai lädt die Schanghai-Gruppe, die aus Russland, China, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan besteht, Usbekistan ein, der Gruppe beizutreten, um die Kooperation im Kampf gegen islamistische Gruppen in der Region zu verbessern. Usbekistan legt Minen an der usbekisch-tadschikischen Grenze, um das Eindringen von Rebellen aus dem Nachbarland zu verhindern. *hl*

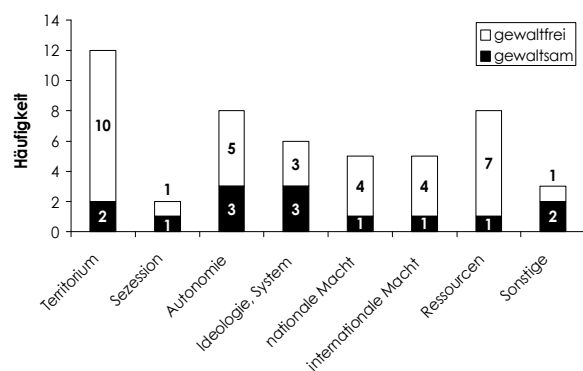
Vorderer und Mittlerer Orient

Die Gesamtzahl der beobachteten Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient (VMO) bleibt gegenüber 2000 konstant. Im Vergleich zum Vorjahr ändert sich die Intensität von vier der 26 Konflikte in der Region. Die Zahl der überwiegend gewaltsam ausgetragenen Auseinandersetzungen erhöht sich aufgrund der durch die Terroranschläge vom 11.9. ausgelösten Eskalation des internationalen Afghanistan-Konflikts von sechs auf sieben. Die beiden einzigen Kriege werden auf afghanischem Boden ausgetragen. Trotz dieser und der andauernden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern kann die Beilegung zweier Territorialkonflikte zwischen Katar und Bahrain sowie zwischen Katar und Saudi-Arabien im Berichtszeitraum als positives Ergebnis gewertet werden. Die gewaltsamen Konflikte werden vornehmlich um die Güter Autonomie oder System/Ideologie geführt, während Dispute um Territorium oder Ressourcen überwiegend gewaltfrei ausgetragen werden. Insgesamt entstehen in der Region am häufigsten Interessensgegensätze um die Konfliktgegenstände Territorium, Autonomie oder Ressourcen.

Konfliktintensitäten VMO 2001 - 2000



Häufigkeit der Konfliktgegenstände nach Gewalleinsatz VMO



Afghanistan (Al-Kaida, Taliban) - USA

Intensität: 4 Veränderung: ↑ Beginn: 1996
 Konfliktparteien: Al-Kaida, Taliban vs. USA, GB, Nordallianz
 Konfliktgegenstand: Ideologie, Sonstiges

Der Konflikt zwischen der islamistischen Terrororganisation Al-Kaida (die Basis) und den USA beginnt 1996 mit der "Kriegserklärung" ihres Führers Osama Bin Laden. Die USA machen Al Kaida für die Anschläge auf ihre Botschaften in Kenia und Tansania am 7.8.98 verantwortlich. Sie fordern von Afghanistan, die Auslieferung Bin Ladens, der 1996 aus dem Sudan zurückgekehrt ist. Nachdem die herrschenden Taliban dem nicht nachgekommen sind, verhängte der UNO-Sicherheitsrat am 15.10.99 Sanktionen gegen Afghanistan.

Nach dem Anschlag auf den amerikanischen Zerstörer USS Cole im Oktober 2000 im Golf von Aden erhöhten die USA den Druck auf die Taliban. Der Konflikt eskaliert durch die am 11.9. auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington D.C. sowie auf vier Passagierflugzeuge verübten Anschläge. Dabei werden mehr als 4.000 Menschen getötet. Osama Bin Laden wird von US-Präsident George W. Bush für die Anschläge persönlich verantwortlich gemacht. Die USA verlangen von den Taliban ultimativ die Überstellung Bin Ladens, was diese jedoch ablehnen. Vermittlungsbemühungen Pakistans scheitern.

Am 7.10. beginnen die USA mit ihrem Vergeltungsangriff auf die Al-Kaida und die sie unterstützenden Taliban in Afghanistan. Im Vorfeld ist die US-Regierung bemüht, ähnlich wie zur Zeit des Golfkrieges, international Verbündete - auch in der arabischen Welt - zu gewinnen. Der Angriff ist Teil einer umfassenden Kampagne gegen den Terrorismus, die neben militäri-

schen auch wirtschaftliche, finanzpolitische und diplomatische Maßnahmen umfasst. Die politischen Ziele in ihrem "Internationalen Kampf gegen den Terrorismus" sind der Sturz des Talibanregimes in Afghanistan und die Ergreifung oder Tötung von Osama Bin Laden sowie die Zerschlagung seiner Organisation. Die strategischen Ziele sind die Zerstörung der Lager und Ausbildungszentren von Al-Kaida, die Beseitigung der logistischen und militärischen Ressourcen der Taliban und die Ausschaltung ihrer Stellungen an den Fronten zur Nordallianz.

Ihren Krieg in Afghanistan führen die USA und Großbritannien v.a. aus der Luft und nutzen die Nordallianz (→ Afghanistan (Nordallianz)) als verbündete Bodentruppen. Anfangs beschränken sie sich auf den Einsatz von in Afghanistan operierenden Spezialeinheiten. Am 15.11. gelingt es den USA, bei einem Luftangriff auf Gebäude nahe den Städten Kandahar und Kabul zahlreiche mutmaßliche Mitglieder der Organisation Al-Kaida zu töten. Am 26.11. setzen die USA zum ersten Mal Bodentruppen in größerem Umfang ein. Anfang Dezember konzentrieren die USA ihre Angriffe auf Kandahar und die Bergregion Tora Bora an der Grenze zu Pakistan, wo sich Bin Laden versteckt halten soll.

hl, hs

Afghanistan (Nordallianz)

Intensität: 4 Veränderung: • Beginn: 1993
 Konfliktparteien: Taliban vs. Nordallianz
 Konfliktgegenstand: Ethnische, religiöse, regionale Autonomie; Ideologie, System, nationale Macht

Die militärische Gesamtsituation im Bürgerkrieg zwischen den Taliban und der Nordallianz um die Herrschaft in Afghanistan verändert sich bis September nur wenig. Die Taliban, deren Truppen sich überwiegend

Übersicht: Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient 2001

| Betroffene(r) Staat(en) ¹ | Direkt Beteiligte ² | Konfliktgegenstand | Beginn | Änd. ³ | Int. ⁴ |
|--|--|--|--------|-------------------|-------------------|
| Afghanistan (Al-Kaida, Taliban) - USA | Al Kaida, Taliban vs. USA, GB, Nordallianz | Ideologie, Sonstige (Bin Laden) | 1996 | ↑ | 4 |
| Afghanistan (Nordallianz) | Taliban vs. Nordallianz | Autonomie, Ideologie, nationale Macht | 1993 | • | 4 |
| Ägypten | Gaamat-al-Islamiya, Moslebrüder, Islamische Dschihad vs. Regierung | Religiöse Autonomie, Ideologie | 1997 | • | 2 |
| Ägypten - Sudan * | Ägypten vs. Sudan | Territorium (Grenze), Ressourcen | 1992 | • | 1 |
| Algerien (GIA) | FIS, GIA, AIS, GSPC vs. Regierung | System, religiöse Autonomie | 1992 | • | 3 |
| Algerien (Berber) | Berber vs. Regierung | Kulturelle Rechte | 1992 | ↗ | 2 |
| Armenien - Aserbaidschan * | Armenien vs. Aserbaidschan | Territorium, regionale Autonomie, Ressourcen (Erdöl, Erdgas) | 1988 | • | 1 |
| Bahrain (Schiiten) | Regierung vs. Schiiten | Nationale Macht | 1996 | • | 1 |
| Irak - Iran | Irak vs. Iran | Internationale Macht, Ideologie, System, Territorium | 1980 | • | 2 |
| Irak - USA, GB | Irak vs. UNO, USA, GB | Internationale Macht | 1991 | • | 3 |
| Irak (Irakisch-Kurdistan) | Kurdische Volksgruppen vs. Regierung | Autonomie, Ressourcen (Wasser) | 1991 | • | 2 |
| Irak (PUK vs. DPK) * | PUK vs. DPK | Nationale Macht, Autonomie | 1992 | ↘ | 1 |
| Irak (Schiiten) | Schiiten vs. Regierung | Autonomie | 1991 | • | 2 |
| Iran - Vereinigte Arabische Emirate * | Iran vs. Vereinigte Arabische Emirate | Territorium | 1971 | • | 1 |
| Iran (Volksmudschaheddin) | Exilopposition (Volksmudschaheddin mit Sitz in Irak) vs. Regierung | nationale Macht, Ideologie, System | 1992 | • | 2 |
| Israel - Libanon | Israel, SLA vs. Libanon, Hisbollah | Sonstige (Sicherheitszone), Grenze, Ressourcen (Wasser) | 1948 | • | 3 |
| Israel (Palästinensische Autonomiebehörde) | Palästinensische Autonomiebehörde vs. Israel | Territorium, Autonomie | 1948 | • | 3 |
| Israel - Syrien | Israel vs. Syrien | Grenze, Territorium (Wassergrenze, Golanhöhen), internationale Macht, Ressourcen | 1967 | • | 2 |
| Jemen (Islamische Dschihad) * | Islamische Dschihad vs. Regierung | Nationale Macht | 1994 | • | 1 |
| "Kaspisches Meer" * | Russland vs. Iran vs. Armenien vs. Aserbaidschan vs. Georgien vs. Türkei vs. Turkmenistan vs. Kasachstan | Wassergrenze (Kaspisches Meer), Ressourcen (Erdöl, -gas), internationale Macht | 1993 | ↗ | 2 |
| Katar - Bahrein | Katar vs. Bahrein | Territorium | 1967 | • Ende | 1 |
| Katar - Saudi Arabien | Katar vs. Saudi Arabien | Territorium | 1965 | • Ende | 1 |
| Kuwait - Saudi Arabien * | Kuwait vs. Saudi Arabien | Territorium, Grenze | 1965 | • | 1 |
| Libyen - USA, GB | Libyen vs. USA, GB | Internationale Macht | 1992 | • | 1 |
| Marokko - Spanien * | Marokko vs. Spanien | Territorium (Ceuta und Melilla), Ressourcen (Fischfang) | 1961 | • | 1 |
| Marokko (Westsahara) | POLISARIO vs. Regierung | Nationale Unabhängigkeit, Ressourcen | 1976 | • | 2 |
| Türkei (PKK) | PKK vs. Regierung | Sezession | 1979 | • | 3 |

1) 2) 3) 4) siehe Seite 11: Übersicht: Konflikte in Europa 2001

aus Paschtunen rekrutieren, die während der sowjetischen Intervention nach Pakistan geflohen sind, kontrollieren seit 1998 über 90% des Landes. Die Nordallianz repräsentiert die überwiegend im Norden lebenden Minderheiten der Tadschiken, Usbeken und der schiitischen Hazara. Die Milizen der Nordallianz, im wesentlichen die tadschikischen Einheiten, beherrschen nur noch den Nordosten Afghanistans. Ihr charismatischer Führer, der Tadschike Achmed Schah Masud, wird einen Tag vor den Anschlägen in den USA bei einem Attentat von mutmaßlichen Anhängern Osama Bin Ladens getötet.

Einheiten der Taliban unternehmen zwischen Juli und September mehrere Vorstöße im Osten der Takhar-Provinz. Mit dieser Sommeroffensive wollen die Taliban den endgültigen Sieg im Bürgerkrieg erreichen.

Nach dem Scheitern ihrer Offensive und nach den Anschlägen vom 11.9. in den USA ändert sich das militärische Kräfteverhältnis grundlegend. Am 7.10. beginnen die Streitkräfte der USA und Großbritanniens mit Luftangriffen auf Stellungen der Taliban. Die Luftangriffe und neue russische Waffenlieferungen ermöglichen der Nordallianz eine große Offensive. Am 9.11. erobern ihre Truppen die Stadt Masar-e-Sharif, wobei es zu Hinrichtungen von Soldaten der Taliban gekommen sein soll. Bei einem Aufstand in einem Gefängnis in der Stadt Masar-e-Sharif werden mehrere hundert ausländische Taliban-Gefangene getötet. Nach der Einnahme rückt die Nordallianz weiter auf die Hauptstadt Kabul vor, die schließlich am 14.11. nach einem Rückzug der Taliban besetzt wird. Nach zehntägiger Belagerung und zwei verstrichenen Ultimaten

fällt am 25.11. Kundus, die letzte Taliban-Hochburg im Norden. Zuvor haben sich etwa 2.500 Kämpfer der Taliban ergeben. Einen Tag später bereitet die Nordallianz den Sturm auf die letzte Stadt der Taliban, Kandahar, im Süden des Landes vor. Unterstützt wird die Nordallianz durch amerikanische Marineinfanteristen, die zuvor in der Nähe gelandet sind. In ihrer Hauptstadt leisten die Taliban erstmals seit Beginn der Offensive der Nordallianz energischen Widerstand.

Am 28.11. treffen sich Vertreter dreier afghanischer Exilgruppen sowie der Nordallianz auf Vermittlung der UNO zu einer Konferenz auf dem Petersberg in Königswinter. Die Taliban sind von dieser Konferenz ausgeschlossen. Am 5.12. unterzeichnen die Vertreter ein Abkommen, das die Bildung einer 30-köpfigen Übergangsregierung unter dem Paschtunen Hamid Karsai vorsieht, die innerhalb von sechs Monaten eine große Ratsversammlung aller afghanischen Stämme einberufen soll. Beide Gremien bilden laut Vertrag ein Übergangsparlament, das bis Anfang 2004 demokratische Wahlen vorbereiten soll. *hl, hs*

Ägypten

| | | |
|---------------------|---|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1997 |
| Konfliktparteien: | Gaamat-al-Islamiya, Moslembrüder, Islamische Dschihad vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | religiöse Autonomie, Ideologie | |

In Ägypten hat sich die Lage im Konflikt zwischen radikal-islamischen Gruppen, die das bestehende System destabilisieren wollen, und der ägyptischen Regierung im laufenden Jahr beruhigt. Die Regierung selbst behauptet, den Kampf gegen islamistische "Terroristen" gewonnen zu haben. Im Februar werden mehrere Islamisten freigesprochen, die des Mordes an 21 Menschen in der Stadt Al-Koseh angeklagt sind. Im November werden insgesamt 250 inhaftierte Islamisten vor ein Militärgericht gestellt. Ein Teil von ihnen soll der Al-Kaïda Organisation von Osama Bin Laden angehören, den anderen werden mehrere Verbrechen und Anschläge auf Touristen vor einigen Jahren zur Last gelegt. *hl*

Algerien (GIA)

| | | |
|---------------------|------------------------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1992 |
| Konfliktparteien: | FIS, GIA, GSPC vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | System, religiöse Autonomie | |

Nach blutigen Unruhen im Fastenmonat Ramadan mit mehr als 200 Toten geht der Konflikt zwischen islamistischen Gruppierungen und der algerischen Regierung weiter. Die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) und die Salafistengruppe für Predigt und Kampf (GSPC), die sich nicht auf das Amnestieangebot des Staatspräsidenten Abdelaziz Bouteflika eingelassen haben, bringen ihre Truppen Anfang des Jahres wieder in Stellung. Viele amnestierte Islamisten kehren zu den Waffen zurück, wodurch sich in der Mitte des Jahres Überfälle mehren. Angesichts der neu aufflammenden Gewalt ist die Versöhnungspolitik des Staatspräsidenten Abdelaziz Bouteflika gefährdet. Etwa 2.000 Menschen fallen in diesem Jahr der politischen Gewalt zum Opfer. *rn*

Algerien (Berber)

| | | |
|---------------------|----------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: ↗ | Beginn: 1992 |
| Konfliktparteien: | Berber vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Kulturelle Rechte | |

In der algerischen Bergregion Kabylei entzündeten sich im April Unruhen, nachdem ein berberischer Schüler auf einer Polizeiwache ums Leben gekommen ist. Die Berber treten für ihre kulturellen und demokratischen Rechte ein. Bei den daraufhin ausbrechenden Demonstrationen der Berber und den daraus resultierenden Straßenkämpfen mit Sicherheitskräften sterben nach Presseangaben etwa 100 Berber, rund 2.000 werden verletzt. Aus Protest gegen die Repressionen verlässt die Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie (RDC) die Regierungskoalition. Die täglichen Proteste finden am 14.6. mit einer Demonstration von etwa einer Million Menschen in der Hauptstadt Algier ihren Höhepunkt. Die Berberunruhen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Versöhnungspolitik des algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika schwächen die Regierung zunehmend. Eine der zentralen Forderungen der Protestbewegung, die offizielle Anerkennung der Berbersprache Tamazight, erfüllt die Regierung im Oktober. Führer der Berber kündigen aber an, ihren Protest fortzusetzen, bis alle ihre Forderungen erfüllt sind. *rn*

Bahrein (Schiiten)

| | | |
|---------------------|------------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1996 |
| Konfliktparteien: | Regierung vs. Schiiten | |
| Konfliktgegenstand: | Nationale Macht | |

Die von dem seit 1999 amtierenden Emir von Bahrain, Sheik Hamad Ibn Isa Al-Chalifa, weiter vorangetriebenen demokratischen Reformen tragen zu einer erheblichen Entspannung zwischen den an der Regierung beteiligten Sunniten und der schiitischen Opposition bei. Unter Scheich Hamad Ibn Isa Al-Chalifa haben sich neue demokratische Strukturen durchgesetzt. In einem Referendum im Februar votieren 94,8 % der abgegebenen Stimmen für eine neue Nationalcharta, die ein parlamentarisches System mit zwei Kammern und den Emir als Monarchen vorsieht. Anlässlich des Referendums werden alle politischen Gefangenen freigelassen, den politischen Exilanten ein Rückkehrrecht gewährt, die Notstandsgesetze außer Kraft gesetzt und die Rede- und Meinungsfreiheit deutlich erweitert. *hq*

Irak - Iran

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1980 |
| Konfliktparteien: | Irak vs. Iran | |
| Konfliktgegenstand: | Internationale Macht, Ideologie, System, Territorium, Grenze, Wasser | |

In dem seit 1980 zwischen Iran und Irak bestehenden Konflikt ist es bereits im Vorjahr zu einer leichten Annäherung gekommen. Das Problem der Unterstützung der jeweiligen Exiloppositionen bleibt jedoch bestehen und führt zu einer Verschlechterung der Beziehungen, nachdem Teheran am 18.4. mehrere Lager der Rebellenbewegung Volksmudschaheddin jenseits der irakischen Grenze mit Raketen angreift. Der Irak beantwortet dies mit dem Abschuss eines unbemannten iranischen Beobachtungsflugzeuges. *pj*

Irak - USA, GB

| | | |
|---------------------|-----------------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: | Irak vs. UNO, USA, GB | |
| Konfliktgegenstand: | internationale Macht | |

Beginnend mit dem 19.1. führen britische und US-amerikanische Kampfflugzeuge auch in diesem Jahr ihre Luftpatrouillen und militärischen Angriffe auf irakische Luftabwehrstellungen in den Flugverbotszonen fort. Die Angriffe im Norden dauern bis August an, die im Süden werden darüber hinaus fortgeführt. Am 16.2. fliegen 24 britische und US-amerikanische Kampfflugzeuge Luftangriffe auf fünf Kommando- und Kontrollstellungen der irakischen Luftabwehr südlich von Bagdad. Diese werden erstmals seit dem viertägigen amerikanisch-britischen Angriff im Dezember 1998 auf Ziele außerhalb der Flugverbotszonen verübt. Russland, China, Frankreich und die Staaten der arabischen Welt verurteilen dies. Die irakische Führung droht mit Vergeltung. Die Frage der 1990 vom UNO-Sicherheitsrat über den Irak verhängten Sanktionen ist, trotz der faktischen Aufhebung des Flugverbots aufgrund der wiederholten Missachtung durch mehrere Staaten, nach wie vor offen. Ende November beschließt die UNO eine Verlängerung der Irak-Sanktionen. Russland fordert die Erlaubnis zur Rückkehr der 1998 aus dem Irak verwiesenen internationalen Waffeninspektoren als Vorbedingung für eine mögliche Aufhebung der Zwangsmaßnahmen. Die USA drohen dem Regime Saddam Husseins indirekt mit intensiveren Militäraktionen, sollte der Irak dieser Forderung nicht Folge leisten. *pj*

Irak (Irakisch-Kurdistan)

| | | |
|---------------------|--------------------------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: | kurdische Volksgruppen vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Autonomie | |

Nach wie vor bewahren Briten und US-Amerikaner im Rahmen der Flugverbotsüberwachung den Status quo des 1991 im Nordirak für autonom erklärten Terrains Irakisch-Kurdistan. Die Spannungen zwischen der irakischen Zentralregierung und den kurdischen Volksgruppen bleiben bestehen. Die in Bagdad regierende Baath-Partei versucht mit einem gewaltsamen "Arabisierungsprogramm", ihren Einfluss auf nordirakisches Gebiet zu festigen. In diesem Zusammenhang weist sie wiederholt Kurden aus, die sich weigern, sich als Araber registrieren zu lassen. *pj*

Irak (Schiiten)

| | | |
|---------------------|------------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1991 |
| Konfliktparteien: | Schiiten vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Autonomie | |

Die Konfliktsituation zwischen der von Sunniten dominierten irakischen Regierung und der politisch unterrepräsentierten schiitischen Bevölkerung ist unverändert, da Briten und US-Amerikaner die Flugverbotszone im Süden des Landes aufrechterhalten. Diese war 1991 zum Schutz der nach wie vor bedrohten Schiiten eingerichtet worden. Am 11.7. schlagen mehrere Raketen in der Hauptstadt Bagdad ein. Zu diesen Anschlägen bekennt sich die hauptsächlich aus dem Iran operierende schiitische Oppositionsgruppe "Hoher Rat für die islamische Revolution im Irak". *pj*

Iran (Volksmudschaheddin)

| | | |
|---------------------|------------------------------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1992 |
| Konfliktparteien: | Volksmudschaheddin vs. Regierung | |
| Konfliktgegenstand: | Ideologie, System, nationale Macht | |

Die Rebellenbewegung der Volksmudschaheddin, die sich für einen autoritären Sozialismus islamischer Prägung im Iran einsetzen, werden von dem im Iran regierenden Mullah-Regime verfolgt. Ihre Hauptwiderstandsbasis befindet sich im Irak, wo sie von Staatspräsident Saddam Hussein unterstützt werden. Von dort verüben sie am 17.1. einen Mörserangriff auf eine iranische Militärbasis im Norden Teherans. Am 30.1. beginnen iranische Truppen mit Gegenangriffen auf eine Basis der Volksmudschaheddin nahe der irakischen Grenze. Am 18.4. greift der Iran mehrere Lager der Gruppe in der Nähe von Basra sowie nördlich von Bagdad mit Scud-Raketen an. Der Irak beantwortet dies mit dem Abschuss eines unbemannten iranischen Beobachtungsflugzeuges. *pj*

Israel - Libanon

| | | |
|---------------------|------------------------------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1948 |
| Konfliktparteien: | Israel vs. Libanon, Hisbollah, SLA | |
| Konfliktgegenstand: | Grenze; Ressourcen, Sonstige | |

Der Konflikt zwischen Israel und der vom Libanon aus operierenden schiitischen Hisbollah besteht trotz des Truppenrückzugs des israelischen Militärs aus dem Südlibanon im Mai 2000 fort. Die genaue Grenzziehung in den etwa 10 qkm großen, zwischen Israel, Libanon und Syrien gelegenen Shebah-Feldern bleibt ungelöst. Die Hisbollah verübt das ganze Jahr über im israelisch-libanesischen Grenzgebiet Angriffe auf israelische Militärposten, die Israel mit Luftangriffen auf syrische Stellungen im Libanon beantwortet. Dabei werden zahlreiche Menschen getötet. Die israelische Regierung befürchtet anlässlich des ersten Jahrestages des israelischen Abzugs aus dem Libanon weitere Anschläge, weshalb die israelischen Soldaten in Alarmbereitschaft versetzt werden. Israelische Militärflugzeuge überfliegen Beirut und den Südlibanon und schießen ein libanesisches Kleinflugzeug nach dessen Eindringen in den israelischen Luftraum ab. *ke*

Israel (Palästinensische Autonomiebehörde)

| | | |
|---------------------|--|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1948 |
| Konfliktparteien: | Paläst. Autonomiebehörde vs. Israel | |
| Konfliktgegenstand: | Territorium, Grenze, Wasser, ethnische, religiöse, regionale Autonomie | |

Die im September 2000 nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen in Camp David begonnene sogenannte Zweite Intifada der Palästinenser im Konflikt mit Israel um einen unabhängigen Staat Palästina hält auch 2001 weiterhin an. Der Friedensprozess ist im Berichtszeitraum zum Erliegen gekommen. Unter Vermittlung der USA aufgenommene Verhandlungen bleiben entweder ohne Ergebnis oder werden durch erneute Gewalteskalationen hinfällig. Der am 9.2. zum neuen israelischen Premierminister gewählte Ariel Sharon fordert die Einstellung der palästinensischen Gewalt als Vorbedingung für die Aufnahme von Friedensverhandlungen. Die Anschläge radikaler Palästinenserorganisationen und die israelischen Reaktionen nehmen an Häufigkeit und Intensität zu. Im März werden bei einer Anschlagsserie mindestens 35 Israelis

verletzt. Israel reagiert mit der vollständigen Abriegelung und dem Beschuss der Palästinensergebiete.

Der von den USA im Mai vorgelegte Mitchell-Plan sieht u.a. einen Siedlungsstopp Israels, den Abzug der Armee aus den Autonomiegebieten sowie eine Entwaffnung radikaler palästinensischer Gruppierungen vor. Der Plan hat eine Waffenruhe zum Ziel. Seine Umsetzung wird jedoch durch neue Unruhen verhindert, woraufhin Israel erneut die gezielte Tötung von mutmaßlichen Aktivisten und Anführern militanter Palästinenser-Organisationen aufnimmt. Der vom Präsidenten der Autonomiebehörde, Jassir Arafat, ausgeföhene und von Israel akzeptierte Waffenstillstand wird durch neue Gewalt auf beiden Seiten gebrochen.

Nach der Ermordung des israelischen Tourismusministers Rechawam Seewi setzt Israel alle Friedensgespräche aus. Am 24.10. dringt die Armee erneut auf Autonomiegebiet vor und tötet bis zu 15 mutmaßliche palästinensische Terroristen. Am 24.11. erschießt die israelische Armee mindestens zwölf Palästinenser, darunter auch den Chef des bewaffneten Arms der Hamas, Abu Hannud. Als Vergeltung verüben zwei palästinensische Selbstmordattentäter in Jerusalem zwei Anschläge, bei denen 26 Menschen getötet und über 100 verletzt werden. Daraufhin erklärt Israel die Palästinensische Autonomiebehörde zu einer den Terror unterstützenden Vereinigung. Die israelische Armee fliegt gezielt Angriffe auf palästinensische Einrichtungen. Bis Ende des Jahres werden über 700 Menschen getötet und etwa 10.000 verletzt. *hl*

Israel - Syrien

| | | |
|---|----------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1967 |
| Konfliktparteien: Israel vs. Syrien | | |
| Konfliktgegenstand: Territorium, Grenze, internationale Macht, Ressourcen | | |

Im Konflikt zwischen Israel und Syrien halten die gewalttätigen Auseinandersetzungen unvermindert an. Umstritten sind insbesondere die territoriale Zugehörigkeit der von Israel okkupierten und von Syrien beanspruchten Golanhöhen und der Shebah-Felder im israelisch-syrisch-libanesischen Grenzgebiet. Angriffe der von Syrien unterstützten und vom Libanon aus operierenden Hisbollah auf israelische Militärposten im April, Juni und Oktober nimmt Israel zum Anlass, erstmals seit 1996 wieder Luftangriffe auf syrische Stellungen im Libanon zu fliegen. *ke*

Katar - Bahrein

| | | |
|-------------------------------------|-------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: Ende | Beginn: 1967 |
| Konfliktparteien: Katar vs. Bahrein | | |
| Konfliktgegenstand: Territorium | | |

Der Schiedsspruch des IGH vom 16.3. bezüglich der 1991 eingereichten Klage Katars beendet den seit Jahrzehnten bestehenden Grenzkonflikt zwischen Katar und Bahrain um die Hawar-Inseln. Diese waren 1939 von Großbritannien an Bahrain übergeben und später von Katar beansprucht worden. Nach dem Urteil des IGH, gegen das keine Berufung eingelegt werden kann, behält Bahrain die Hawar-Inseln, während Katar die Souveränität über den Landstreifen von Zubara zugesprochen bekommt. *hq*

Katar - Saudi-Arabien

| | | |
|---|-------------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: Ende | Beginn: 1965 |
| Konfliktparteien: Katar vs. Saudi-Arabien | | |
| Konfliktgegenstand: Territorium | | |

Der seit 1965 bestehende Grenzkonflikt zwischen Katar und Saudi-Arabien um den Küstenstreifen von Doha Salwa, der wichtige Ölvorkommen aufweist, wird durch ein bilaterales Abkommen beigelegt. Beide Konfliktparteien einigten sich bereits im vergangenen Jahr auf die Teilung des Küstenstreifens. Doch erst am 21.3. unterzeichnen der saudische Außenminister Prinz Saud al-Faisal und sein Kollege aus Katar, Scheich Hamad bin Jabr al-Thani, im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in Doha ein Grenzabkommen, das die 60 km lange Land- und Seegrenze festlegt. *hq*

Libyen - USA, GB

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 1 | Veränderung: • | Beginn: 1992 |
| Konfliktparteien: Libyen vs. USA, GB | | |
| Konfliktgegenstand: Internationale Macht | | |

In der Auseinandersetzung zwischen Libyen, den USA und Großbritannien kommt es zu einer Teillösung. Am 1.2. verurteilt das schottische Sondergericht im niederländischen Camp Zeist einen der libyschen Angeklagten zu lebenslanger Haft, ein zweiter wird freigesprochen. Eine Verantwortung für das Lockerbie-Attentat aber lehnt Libyen ab und weigert sich, Entschädigungen zu leisten. Die USA verlängern daher im August ihr Wirtschaftsembargo. Libyen bemüht sich weiterhin, seine Beziehungen zu den westlichen Staaten zu verbessern. Im La-Belle-Prozess um den Anschlag auf eine Berliner Diskothek 1986 kommt es ebenfalls zu einer Urteilsverkündung. Das Gericht macht den libyschen Geheimdienst mitverantwortlich. *rn*

Marokko (Westsahara)

| | | |
|--|----------------|--------------|
| Intensität: 2 | Veränderung: • | Beginn: 1976 |
| Konfliktparteien: POLISARIO vs. Regierung | | |
| Konfliktgegenstand: Nationale Unabhängigkeit, Ressourcen | | |

Der Konflikt zwischen der saharouischen Befreiungsfront POLISARIO und der marokkanischen Regierung um die Unabhängigkeit der Westsahara besteht weiter. Im Juni legt der UNO-Vermittler James Baker einen neuen Friedensplan vor, der eine Autonomie für die Westsahara innerhalb Marokkos vorsieht. Nach fünf Jahren soll ein Referendum über die Zukunft der Westsahara stattfinden. Flüchtlinge sollen in diesem Zeitraum die Möglichkeit haben, in die Westsahara zurückzukehren und später am Referendum teilzunehmen. Marokko stimmt dem Plan zu. Die POLISARIO beharrt weiterhin auf einem baldigen Referendum und droht mit Wiederaufnahme von Kampfhandlungen. *rn*

Türkei (PKK)

| | | |
|-------------------------------------|----------------|--------------|
| Intensität: 3 | Veränderung: • | Beginn: 1979 |
| Konfliktparteien: PKK vs. Regierung | | |
| Konfliktgegenstand: Sezession | | |

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK und der türkischen Regierung um Sezession halten auch nach dem militärischen Sieg der türkischen Armee vor über zwei Jahren weiter an. Im laufenden Jahr kommt es zu vereinzelt Kämpfen zwischen der türkischen Armee und den PKK-Rebellen im Osten der Türkei und im Nordirak, wohin diese sich hauptsächlich zurückgezogen haben. *öy*

Datenbank KOSIMO

Das HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG arbeitet in dieser Veröffentlichung mit Auswertungen der Datenbank KOSIMO (Konflikt-Simulations-Modell, welche gewaltsame und nicht gewaltsame innerstaatliche und internationale politische Konflikte weltweit seit 1945 erfasst. Jeder Konflikt ist mit 28 Variablen kodiert.

Unter www.hiik.de kann KOSIMO heruntergeladen werden.

Impressum

Herausgeber:

HIK – HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG e.V.
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, Marstallstraße 6, 69117 Heidelberg

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Gruppenleiter/innen kursiv):

Europa: *Angelika Barth* (ab), Katja Groz (kg), Alexander Jossifidis (aj), Ariane Hellinger (ah), Sophie Kraume (sk), *Nicolas Schwank* (nis), Özge Tahiroglu (öt), Katja Wezel (kw), Florian Winckler (fw), Özlem Güner Yüksel-Alihodi (öy)

Afrika: Thomas Altmeyer (ta), Christian Baukhage (cb), Markus Bitterolf (mb), *Peer Böhrnsen* (pb), Norbert Ntibimanya (nn), Gerrit Schlomach (gs), Christine Schlund (cs), Peter Schön (ps), *Mark Wenz* (mw)

Amerika: Katharina Haxel (kh), *Hardi Schindler*(hs)

Asien: Hendrik de Jager (hdj), Renate K. Götz (rkg), Tina Kampf (tk), Anja Kluge (ak), Julia Kramer (kra), Julia Kronberg (kro), Hendrick Lehmann (hl), *Malte Pehl* (mp), Frank Plamboeck (fp), Nicolas Schwank (nis)

Vorderer und Mittlerer Orient: Klaus Eckert (ke), *Pamela Jawad* (pj), *Hendrick Lehmann* (hl), Rita Nikolai (rn), *Heike Quader* (hq)

Sonderbeitrag Terrorismus: Christoph Rohloff

Redaktion:

Angelika Barth, Peer Böhrnsen, Pamela Jawad, Malte Pehl, Frank R. Pfetsch, Heike Quader, Hardi Schindler, Nicolas Schwank

Graphiken:

Pamela Jawad

Layout:

Ulf Mayer

Gesamtleitung:

Pamela Jawad, Nicolas Schwank

**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG**

am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

**Marstallstraße 6
D- 69117 Heidelberg
E-Mail: info@HIK.de**

**Tel.: +49(0)6221 – 54 31 98
Fax.: +49(0)6221 – 54 28 96**

www.KONFLIKTBAROMETER.de

ISSN 1616-931X

€ 3.50